

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Angabenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahnstrecken-Anzeigen die
3 gespaltenen Kolonel-Seite
50.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von G. A. H. Meister & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

500 000 Mitglieder

können, nein müssen wir in unserm Verbandsgebiet gewinnen. Und wir werden sie bald gewinnen, wenn wir alle energisch und unermüdlich für die Ausbreitung des Verbandes werben und wirken.

„Vertrauliches“ aus einer Streit- entschädigungsgesellschaft.

Von den zahlreichen Streitentschädigungsgesellschaften, die sich die Unternehmer als Ergänzung ihrer eigentlichen „Arbeitgeberverbände“ geschaffen haben, ist der „Deutsche Industrie-Schutzverband“ eine der ältesten. Er wurde im April 1906, also kurz nachdem die Errichtung solcher Entschädigungs- oder Unterstützungs-Einrichtungen von den Unternehmerverbänden in ihren Aufgabekreis einbezogen wurde, gegründet. Zunächst als „Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ vom Verband Sächsischer Industrieller begründet und auf Sachsen beschränkt, wuchs er sich in wenigen Jahren zu einer fast selbständigen Organisation aus, änderte seinen Namen und dehnte seinen Wirkungskreis auf das ganze Reich aus. Seine Organisation ist örtlich und fachlich gegliedert, als Mitglieder gehören ihm Arbeitgeberverbände und einzelne Unternehmer an. Die Mitglieder müssen von je 1000 Mark bis 2000 Mark, die sie bezahlen, 50 Pfennig als Eintrittsgeld und 1 Mark als Jahresbeitrag bezahlen. Dieser Staffelung des Beitrages nach der Lohnsumme entspricht auch die Entschädigung bei einem Streit. Die bestreiten Unternehmer erhalten nämlich für jeden ausfallenden Arbeitstag bis zu 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes aller Arbeiter als Entschädigung. Die Entschädigung wird auch für solche Arbeiter bezahlt, die zwar am Streit nicht beteiligt, aber wegen Arbeitsmangels bei einem Streit entlassen werden. Jemand eine Verpflichtung zu Aussichtserbringung erwacht den Mitgliedern aus ihrer Zugehörigkeit zum Industrie-Schutzverband nicht, jedoch wird jede „vom Vorstand gutgeheime“ Aussichtung als Streit betrachtet, d. h. es wird in gleichem Umfange Entschädigung dafür bezahlt. Über die Entwicklung des Industrie-Schutzverbandes orientiert folgende Tabelle:

Erscheinung am	Mitgliederzahl	Arbeiterzahl	Lohnsumme
			Millionen Mark
31. 12. 1906	671	62 368	57,0
31. 12. 1907	983	83 121	81,5
31. 12. 1908	1137	102 279	101,5
31. 12. 1909	1296	120 283	119,6
31. 12. 1910	2044	171 343	174,1
31. 12. 1911	2776	240 000	245,0
15. 10. 1912	3650	264 000	283,0

Das in diesen Zahlenreihen ausgedrückte Wachstum dieser Organisation zeigt, daß die Unternehmer auf die finanzielle Rückendeckung bei Streits immer mehr Wert legen. Das geht noch deutlicher aus der vorstehenden aus der folgenden Tabelle her vor, die über die ausbezahlten Entschädigungssummen Auskunft gibt.

Entschädigte Zeitraum	Arbeits- einstellungen	Ausgefallene Arbeitstage	Ent- schädigungen	Streit- verhütungen
1906	44	75 943	40 120	6
1907	45	87 701	69 252	8
1908	36	38 291	30 134	11
1909	42	23 124	20 867	18
1910	156	332 909	229 540	144
1911	210	393 038	261 312	222

In den ersten 4 Jahren waren die Leistungen des Schutzverbandes minimal, im Jahre 1910 aber schnellten sie sprunghaft in die Höhe. Diese Anspannung konnte die Kasse nicht tragen, es mußten Extrabeiträge erhoben werden. Die letzte Rubrik berichtet über Streitverhütungen. Die „streitverhütende“ Tätigkeit der Entschädigungsgesellschaft besteht in einem Vermittlungsversuch, der entweder von ihr direkt angeregt oder doch in Gegenwart eines Vertreters der Gesellschaft stattfindet.

Diese Vermittlungsversuche werden jedoch keineswegs aus Friedensliebe unternommen, sondern einzig zu dem Zweck, die Gesellschaft gegen „Fassennarren“ zu schützen. Erfolgte eine solche Vermittlung nicht, würde also jeder Streit bei jedem Mitglied ohne Untersuchung unterstützt, so wäre manchem Unternehmer damit eine willkommene Gelegenheit gegeben, sich aus einem drohenden Bankrott herauszustreifen. Es ist ja trotz dieser und anderer Vorsichtsmaßregeln schon wiederholt vorgekommen, daß Unternehmer die Arbeiter zum Streit getrieben haben, lediglich, um sich mit Hilfe der Streitentschädigung eine Weile über Wasser zu halten. Das ist eine für die gewerkschaftliche Taktik beachtliche Tatsache!

Den beiden Scharfschäferzentralen, der „Hauptstelle“ und dem „Verein“ deutscher Arbeitgeberverbände, ist der Industrie-Schutzverband ein unbedeutender Nebenbuhler. Denn indem der Schutzverband seinen Mitgliedern nicht nur Streitentschädigung zahlt, sondern auch durch schwarze Listen und andre Maßnahmen in die Kämpfe eingreift, hält er viele Unternehmer von dem Beitritt in die eigentlichen Arbeitgeberverbände ab. Gedacht und begründet als eine Organisation zur Ergänzung der Arbeitgeberverbände wächst der Industrie-Schutzverband sich aus zu einem „Konkurrenten“. Er hat dabei den Vorteil für sich, daß er niedrigere Beiträge erhebt und seine Mitglieder nicht zu Aus-

sperungen verpflichtet — zwei Punkte, die für viele Unternehmer nicht unbedeutlich sind. Die beiden oben genannten Zentralen der Arbeitgeberverbände haben schon wiederholt versucht, den unbedeutenen Konkurrenten in Misskredit zu bringen. Erst im Vorjahr haben sie wieder eine erregte Kampagne gegen ihn ausgefochten. Der Industrie-Schutzverband hatte die Berliner Handelskammer um Förderung gebeten. Darauf hielten es die beiden Zentralen für ihre „Pflicht“, der Handelskammer „einige sachliche Aufklärungen“ über den Industrie-Schutzverband zu geben. In diesen „kollegialen Aufklärungen“ wurde dem Schutzverband „tiefegehende Berücksichtigung der Arbeitgeberorganisationen“ und Täuschung der Unternehmer vorgeworfen. Es hieß weiter in dem Schreiben der beiden Zentralen: „Dadurch, daß der Verband in keinerlei Verbindung mit den beiden zentralen Arbeitgeberorganisationen steht, ist er nicht einmal in der Lage, die Einstellung streiken der e und ausgesperrter Arbeiter seiner Mitglieder zu verhindern, wodurch sie bei Streiks von vornherein in eine schwierige Lage gebracht werden. Der Industrie-Schutzverband muß infolgedessen in allen Fällen von vornherein darauf bedacht sein, im finanziellen Interesse seiner Gesellschaft auf eine schlechte Beilegung der Differenzen hinzuwirken, und dies kann natürlich nur auf Kosten der Arbeitgeberinteressen geschehen.“ Die schreckliche Denunziation, daß der Industrie-Schutzverband auf die Beilegung von Differenzen hinzuwirken müsse, stützt sich auf die schon erwähnten Vermittlungsversuche.

Der Industrie-Schutzverband blieb seinen mißglückten Brüdern die Antwort natürlich nicht schuldig. Wie wenig liebenswürdig er den Streit ausfocht, zeigt schon diese Einleitung seiner Antwort:

„Der Deutsche Industrie-Schutzverband hat früher ähnliche Angriffe der beiden Organisationen ignoriert, weil die Union warheit jedem nur einigermaßen orientierten Industriellen in die Augen springt und diese Angriffe demnach die durch seine positiven Leistungen völlig gesicherte rapide Fortentwicklung des Verbandes nicht gefährden können, vornehmlich aber auch, weil er den gewerkschaftlichen Gegnern nicht die Freude eines Kampfes im eigenen Lager der Arbeitgeber machen wollte, denn bei einer noch so sachlichen Kritik der Tätigkeit und Erfolge der beiden angreifenden Organisationen wäre deren Bloßstellung leider ganz unvermeidbar.“ Das ist ebenso derb wie deutlich. In der Erwiderung erklärt der Schutzverband den Vorwurf, er hemme den Ausbau der Arbeitgeberverbände, für unberechtigt. Er verweist darauf, daß er immer von seinen Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer „wirtschaftspolitischen“ Organisation, wie dem Bunde der Industriellen, fordere. Dieser Hinweis trifft allerdings den Streit nicht; denn der Bunde der Industriellen ist eben kein Arbeitgeberverband im eigentlichen Sinne des Wortes, und um deren Existenz hatten und haben ja die beiden Zentralen Sorge. Trifftiger war schon die Feststellung, daß „mit dem Industrie-Schutzverband 82 Arbeitgeberverbände in besonderem Vertragsherrschaft stehen“, sowie, daß der Industrie-Schutzverband mehrere Arbeitgeberverbände selbst gegründet hat. Das eine ist richtig und das andre kaum unrichtig, aber ebenso richtig ist, daß die Arbeitgeberverbände, die der Entschädigungsgesellschaft angehören, organisatorisch weniger ausgebaut sind, ja zum Teil nur „Kundenvereine“ des Industrie-Schutzverbandes sind. Aus den Werbeschriften, die der Schutzverband den Unternehmern zustellt, geht klar hervor, daß er sich an Einzelpersonen wendet und die Zugehörigkeit zu einem speziellen Arbeitgeberverband weder vorher noch nachher fordert. Im Gegenteil, er läßt durchblicken, daß die Mitgliedschaft im Industrie-Schutzverband die gleichzeitige Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband überflüssig macht. Für die organisierte Arbeiterschaft hat dieser Konkurrenzkampf insoweit Interesse, als er zeigt, mit welchem Eifer die Scharfschäfer am Ausbau ihrer Organisationen arbeiten.

In den letzten Wochen hat der Industrie-Schutzverband seine Agitation erneut aufgenommen. Er sendet an Firmen, die ihm noch fernstehen, ein Anschreiben, in dem er sich als Retter in kommenden Nöten in Erinnerung bringt. Das Schreiben wird als „Vertraulich“ bezeichnet; das kann uns natürlich nicht hindern, es hier einer weiteren Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es lautet:

Abdruck:
Deutscher Industrie-Schutzverband Dresden-N., den 17. Januar 1913.
Eis Dresden.

Sehr geehrte Firma!

Wie wir aus dem Kreise unserer Mitglieder hören und der Fachpreise Ihrer Branche sowie den gewerkschaftlichen Organisationen entnehmen, ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft auf das eifrigste und vielfach mit Erfolg bemüht, ihren Machtbereich innerhalb der Betriebe Ihrer Branche auszudehnen. Eine entsprechende Gegenorganisation der Arbeitgeber macht sich daher dringend nötig. Wie gestalten uns, Sie unter Überreichung der Satzungen und einiger informativer Drucksachen auf unsern Schutzverband aufmerksam zu machen und Sie zum Beitritt einzuladen.

Bei der Möglichkeit, die bei der geschilderten Lage der Arbeitgeberherrschaft der finanzielle und moralische Streitkampf für jeden Arbeit-

geber Ihrer Branche hat, können wir Ihnen den Anschluß an uns in sechsjähriger Tätigkeit bestens bewährte Organisation in Ihrem eigenen Interesse dringend empfehlen. Sie gewinnen durch die Mitgliedschaft einen festen Rückhalt gegenüber den Machtansprüchen der organisierten Arbeiterschaft und sichern sich für die schweren Verluste im Falle eines Streits eine ausreichende Entschädigung.

Da erfahrungsgemäß im Frühjahr die Arbeiterschaft am meisten zu Lohnbewegungen neigt, halten wir sofortigen Beitritt für dringend geboten. Wir sehen daher Ihrer umgehenden geschätzten Beitragsklärung entgegen und zeichnen hochachtungsvoll

Deutscher Industrie-Schutzverband
Eis Dresden.

Unbei inf. Drucksachen.

Die Abfassung verrät Uebung und Geschick. Zwar wird der einleitende Hinweis auf die Tätigkeit der Gewerkschaften „innerhalb der Betriebe Ihrer Branche“ meist mehr in dem Agitationsbedürfnis des Schutzverbandes, als in den Tatsachen eine Stütze finden, aber was verschlägt das den Herren! Daß der Zweck die Mittel heiligt, ist viel mehr ein Grundsatz der Scharfschäfer, als der Jesuiten. Auch die Aufforderung zum sofortigen Beitritt mit dem Hinweis auf die Lohnbewegungen im Frühjahr ist recht hinterhältig. Eine Unterstützung bei Streiks wird nämlich erst nach dreimonatiger Mitgliedschaft bezahlt. Da das Kundschreiben Ende Januar verschickt wurde, werden auch die sofort Eintretenden erst bezugsberechtigt, wenn die meisten Lohnbewegungen „erfahrungsgemäß“ vorher sind. Davon verrät das Kundschreiben vorsichtigerweise nichts.

Dem Anschreiben werden mehrere Drucksachen beigelegt, darunter ein kleines Schriftchen mit Urteilen von Mitgliedern über die Tätigkeit des Industrie-Schutzverbandes. Das ist dieselbe anrüchige Methode, mit der alle Quadaläber ihre Heilmittel anpreisen — sie dürfen trocken, oder auch deswegen, Erfolg haben. Denn die Urteile der Unzufriedenen und Gewellten finden sich selbstverständlich nicht in der Zusammenstellung. Nur Lob- und Danklieder wurden aufgenommen. Das Brotschürchen gliedert sich in 2 Abschnitte. Der erste enthält die Dankesungen für Hilfe bei „Durchführung und Entschädigung von Streiks“, der „die für Unterstützung bei „Verhütung von Arbeitseinstellungen“. Die Firmen sind nicht namentlich angeführt, sondern nur mit einer Nummer bezeichnet, jedoch wird am Schlusse versichert, daß die Original-Dankschreiben in der Geschäftsstelle „jederzeit einzusehen“ sind. Von den 60 ausgewählten Dankeschriften stammen 20 aus der Holzindustrie, 14 aus der Metallindustrie, 7 aus der Glas- und Tonindustrie, je 4 aus dem Bekleidungsgewerbe, der Stein- und der chemischen Industrie, 3 aus der Lederindustrie und je 2 aus der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und aus dem Baugewerbe.

Eröffnet wird der Neigen mit dem Dank einer Farbenfabrik (33 Arbeiter) für die Vermittlung zur Beilegung eines Streiks und für die „materielle Unterstützung“. Die Farbenfabrik versichert: „Wir glauben, daß es bei den heutigen Verhältnissen im Interesse eines jeden Unternehmers liegen muß, Ihrem Verband als Mitglied anzugehören“ und erklärt sich bereit, in Ihren Familientreifern auf den Verband aufmerksam zu machen. Der Name der Firma ist, wie schon bemerkt, nicht angegeben, es dürfte sich jedoch um die Farbenfabrik Bär-Radebeul bei Dresden handeln. Eine Fahrradfabrik mit 97 Arbeitern bedankt sich besonders für die „reichen Erfahrungen“, die der Geschäftsführer des Industrie-Schutzverbandes, Herr Kurt Grüninger, ihr bei den Verhandlungen mit den streitenden Arbeitern zur Verfügung gestellt hat. Diese reichen Erfahrungen werden übrigens mehrfach rühmend hervorgehoben. Eine Möbelfabrik bedankt sich für die „sachgemäße, tatkräftige und aufopfernde Unterstützung“, die ihr Herr Grüninger bei einem Streit geleistet hat, eine Rohwarenfabrik führt desselben Herrn „Sachverständnis, Besonnenheit und Entschiedenheit“, und ein Granitwerk erklärt entzückt: „Die Verhandlungen (mit den Arbeitern. D. R.) wurden ihrerseits in einer bewundernswerten Weise geleitet, und haben wir in einem einzigen Tage das erreicht, wozu wir früher Wochen brauchten.“ Eine Holzbearbeitungsfabrik berichtet erfreut, daß es ihr durch das tatkräftige Eingreifen des Verbandes gelungen sei, „einen langjährigen Tarifvertrag unter für uns günstigen Bedingungen“ abzuschließen und sie hofft, es möge dem Schutzverband gelingen, „noch viele solche günstige Abschlüsse zu tätigen“. Ein Arbeitgeber-Schutzverband spricht Herrn Grüninger seinen „allerverbindlichsten Dank“ aus und schreibt dann: „Ohne jene exprobten Ratschläge, die durch Ihre Diplomatik unsern Gegner viel zu schaffen machen, wäre wohl in unsern Reihen kaum so langer Widerstand möglich gewesen.“ Diese Dankesergüsse, denen sich zahlreiche andre anschließen, sind nicht nur psychologisch, sondern auch rein materiell von Interesse. Sie zeigen, daß die Unternehmer sich Verhandlungsspezialisten für Lohnbewegungen, gewissermaßen Diplomaten für den wirtschaftlichen Kampf, heranbilden und die Kosten dieser wahrscheinlich nicht immer billigen und gewiß nur selten ehrlichen Kämpfer durch verdoppelten Schachter bei den Verhandlungen hereinbringen

Bei der Möglichkeit, die bei der geschilderten Lage der Arbeitgeberherrschaft der finanzielle und moralische Streitkampf für jeden Arbeit-

Wir rüsten

zu einer allgemeinen Frühjahrsagitation, die, wenn sie überall gewissenhaft durchgeführt wird, dem Verbande Causende von neuen Mitgliedern zuführen muß. Die gewissenhafte Durchführung ist abhängig von der Mitarbeit aller befähigten Kolleginnen und Kollegen. Also auf ans Werk!

wollen. Das schmitzende Behagen, das sich namentlich in dem zitierten Danzbericht der Holzbearbeitungsfabrik ausdrückt, ist vielleicht weniger eine Bestätigung, daß der saubere Plan, die Arbeiter bei den Verhandlungen zu überreden, gelungen ist — es fragt sich ob nicht der Unternehmer die Kräfte der Arbeiter über schätzt und deshalb mehr Angst hatte, als die Umstände rechtfertigten —, aber es ist eine eindringliche Warnung an alle Arbeiter und Arbeiterveteraner, bei solchen Verhandlungen auf alle Pfiffe zu rechnen, gebissenerfaßt „mit allen Schikanen“ zu spielen. Zugleich erklärt die niederköpfige Hoffnung auf den materiellen Erfolg diplomatischer Schacherei bei Verhandlungen über Lohnstreitigkeiten, warum die Unternehmer so oft und so energisch die Ausschaltung der Gewerkschaftsvertreter bei solchen Verhandlungen verlangen. Sie fürchten nicht nur deren Unabhängigkeit, sondern auch die Durchkreuzung ihrer Winkelzüge und Fechterkünste. Wie gern die Unternehmer mit verdeckten Karten spielen, deutet indirekt eine Maschinenfabrik an, die es als eine große Übereinkunft fest bezeichnet, „daß die Verhandlungen ohne Beisein der Arbeitgeber, jedoch unter deren Kontrolle und Einverständnis geführt werden müßen“.

Die große Unmöglichkeit besteht für die Unternehmer darin, daß sie durch ihren Mittelsmann das Feld sondieren, wenn möglich, die Arbeiter anzuhören lassen, ohne sich durch Vorschläge oder Zusammensetzung irgendwie binden zu müssen. Diese große Unmöglichkeit wird natürlich umso klarer, je mehr die Arbeiter diese Taktik durchschauen und mit ihr rechnen. Und deshalb rechnen wir es uns als ein Verdienst an, daß wir hier einiges aus dem „vertraulichen“ Material der Scharfmacher weiteren Kreisen unterbreiten.

Terrorismus.

Zu den Organen, die den Fall Kunischal gleich nach Bekanntwerden der Mordtat gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften auszuschalten versuchten, gehört auch die „Frankfurter Zeitung“. Gleich nach Eintreffen der ersten Nachrichten stand es für das Blatt schon fest, daß der Mörder Schuhmeier nur ein Opfer des sozialdemokratischen bzw. freigewerkschaftlichen Terrorismus geworden sei. Die Sozialdemokratie habe Kunischal zur Vergewaltigung getrieben. Ihm sei es genau so ergangen, wie es christlichen Arbeitern in Deutschland ergeht. Es genüge, daß einer ein Christlicher oder ein Hirsch-Dundescher sei, um ihn außer Brot und Arbeit zu bringen. An anderer Stelle schrieb das Blatt dann noch, daß es eine Unverschämtheit ist, einen Menschen in die freie Organisation zu bringen zu wollen und daß es eine Brutalität ist, ihn seines Brotes zu berauben, wenn er sich nicht zwingen läßt. Das demokratische Blatt spielt vor den Borsigern auf, der Kunischal im Jahre 1905 passiert ist. Und dann heißt es weiter:

„Gehen die Sozialdemokraten Kunischal in Ruhe gelassen, so wörde nichts geschehen, ja sie haben die ganze Sache produziert und Kunischal dadurch, daß sie ihn aus seinen Stellungen vertrieben, eigentlich gemacht, der er eigentlich nicht sein wollte, weil das gar kein angemachter Mensch ist. Die Tat Kunischals ist selbstverständlich nicht entstellbar, aber der Tod Schuhmeiers fällt in leichter Linie der Partei des Schreckens zur Last.“

(Frankf. Blg. Nr. 44, Abendblatt.)

Hoffnungsvoll haben sich die Scharfmacherorgane und jene Zeitungen, die politisch Kunischals Parteiauswüchsen vertreten, über diesen „feinen Bissen“ der „Frankfurter Zeitung“ hergemacht. Es steht so heißt es, ein Blatt, das sonst mit der Sozialdemokratie plattmacht, rechne die Schuld dieser Partei bei der Mordtat an und habe nicht genug schwere Worte, den sozialdemokratischen Terrorismus zu bestimmen. Die Sozialdemokratie hat den Tod Schuhmeiers auf diese Weise aufgeworfen. In der Tat, die Gegner der Arbeiter, die Freunde der Sozialdemokratie überhaupt, haben alle Ursache, der „Frankfurter Zeitung“ für ihr unberechtigtes und fröhliches Urteil über die Mordtat Kunischals dankbar zu sein. Wir werden die „Frankfurter Zeitung“ noch sehr oft zitiert bekommen. Sie hat auch auch jüngst das Organ selbst eingerichtet, das seit seinem Vortragen keinen Platz mehr daneben gehabt hat, und das es seine Verhältnisse bezüglich des sozialdemokratischen Terrors gar nicht mehr als Ursache der Mordtat nicht mehr aufzeigt. Leider kann die „Frankf. Blg.“ sich jetzt gezwungen, am 19. Februar (im Abendblatt) folgende Verstärkung herausgeben:

Die Erwähnung des überarbeiteten Schuhmeier in Wien hat in der deutschen Presse wieder zu Erörterungen über die Frage des gewerkschaftlichen Terrorismus geführt. Dabei handelt es sich jetzt nicht mehr um den Gewerkschaftsverein, der Schuhmeier getötet hat. Es handelt sich um den Sozialisten, der Schuhmeier aus seinem sozialdemokratischen Arbeitskollegen aus allen seinen Sichtungen getötet und dadurch in einen Zustand der Verzweiflung gesetzt werden ist, indem er sich zu der Tat keine Verteidigung leistet. Sie kann aufgestellt werden, da Schuhmeier nicht ganz normal ist.“

Das ist schon ganz etwas anderes, als das, was wir weiter oben der „Frankf. Blg.“ entnommen haben. Jetzt das erste und wahrscheinlichere Erwachen ist gefüllt und die christlich-nationalen wie die Scharfmacherfreunde werden für ein dieses Urteil halten; die Bestätigung der „Frankf. Blg.“ werden sie gern zu ignorieren, wie sie alle die Ausschreibungen der früheren Arbeitgeber — die seit 1905 nichts mehr von einem Terrorismus gegen sie wissen — bestreiten werden. Sie können uns bestreiten auch keine graven Fehler machen. Was uns bestreitet bei der Frage des Terrorismus noch zu beweisen ist, das ist die weiteren Darlegungen der „Frankf. Blg.“ vom 19. Februar, die der angeklagten Berichterstattung noch angefügt sind. Den kann diese Darlegungen als Erwiderung ergeben für die unberichtigten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften ergeben, aber die Art und Weise, wie dieser Hinweis vor uns gestellt wird, die Berichtigung geschieht nicht, sondern doch mit Wohlwollen heraus. Das Blatt steht, wenn auch die Mordtat Kunischals mit dem sozialdemokratischen Terrorismus nicht in Verbindung zu bringen ist, ja nach über den sozialdemokratischen Terrorismus doch geredet werden kann dann folgt eine lange Auseinandersetzung über die Ursachen des sozialdemokratischen Terrorismus, über den Terrorismus selbst

Das Blatt fasst dann den Inhalt des Artikels und die Rückwendung wie folgt zusammen:

„Die Wurzel des terroristischen Nebels liegt darin, daß sich die sozialdemokratischen Kreise, wenn auch nicht alle, immer mehr davon gewöhnt haben und geradezu darauf gezielt wurden, die Dinge nur unter dem Gesichtspunkt der Arbeit zu betrachten. Wo sie die Macht haben, da geschieht es leicht, daß sie die anderen so führen lassen. So wird der liberale oder christliche Arbeitnehmer schikanieren, und, wenn's geht, aus der Arbeit geworfen. Die Sozialdemokratie mögen sich doch leider täuschen, daß die Empörung darüber groß ist und die heutigen bürgerlichen Kreise keinen leichten Stand haben, die die Ansicht vertreten, daß die vorhandenen Strafmittel gegen Terrorismus ausreichen und mit ihrer Verschärfung überhaupt nichts gelöst wäre.“

Da haben wir den Pfeilschuß. Warum kann Kunischal nicht vernünftig werden, aber der Machtterror der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist, so heißt es weiter, ein solcher, daß es schwer ist, einer Erfahrung der Strafmittel gegen den Terrorismus entgegenzuwirken.

Das sieht ja so aus, als ob sich keiner mehr vor dem sozialdemokratischen Terror schützen könnte, als ob es schon so weit gekommen sei, daß kein nichtsozialdemokratischer Arbeiter vor dem sozialdemokratischen Terror sicher ist. So stehen die Dinge denn doch nicht.

Wir sind keine Freunde des Terrors, nicht nur, weil es dem Terrorisierten lästig ist, wenn, weil es auch für den, der den Terror ausübt, nicht immer eine angenehme Sache ist. Der Sozialfunktionär wäre wohl, daß die Menschheit zusammen arbeiten könnte, ohne jedes an einen Terrorismus untereinander denken zu müssen. Aber soweit sind wir noch nicht gekommen. Denn Terror kann nicht als Bestandteil der Kulturgeschichte, also wär er vorhanden, noch ehe von einer Existenz der Sozialdemokratie die Rede war, und er äußert sich auch heute in Bevölkerungsschichten, die der Sozialdemokratie fernstehen. Staat, Regierung, Unternehmer, Behörden, Schule, Kirche, die Parteien, Arbeitersorganisationen aller Art, alle bedienen sich mehr oder weniger des Terrors; um der Sache willen, um die sie kämpfen und die sie stützen wollen.

Und es gibt keine Klasse, die seit jeher den Terrorismus so hassen müssen, wie die Arbeiterklasse. Man kann ruhig sagen, daß der Kampf der Arbeiterschaft stets ein Kampf gegen den Terror anderer war und noch ist. Wenn jemand Ursache hat, über Terrorismus zu klagen, dann ist es die Arbeiterschaft, die den Terrorismus jeden Tag fühlt und ihn befehligt wissen will. Allerdings, ohne Wuchtewirkungen auf die eigenen Massengruppen geht es bei diesem Kampfe gegen den in der kapitalistischen Gesellschaft festgehalteten Terror nicht ab. Es wird da eben ein kleines Uebel angewendet, um dem größeren zu begegnen. Der Moralphilosoph dürfte hier sich für den Standpunkt des berechtigten Terrors begeistern. Wir aber wollen uns mit der Wirklichkeit beschäftigen.

Wie steht es um den Terrorismus in den Gewerkschaften, der ja im Fall Kunischal herangezogen worden ist? Dem Kunischal ist nichts weiter geschehen, als daß ihn seine organisierten Kollegen 1905 auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen haben. Die Organisation hätte sich die besseren Arbeitsbedingungen erkämpft, Kunischal ist nicht verweht worden, da dieser Ertragungshof teilzunehmen, obwohl er nichts dazu beigetragen hat, das das seiner Kollegen und sein eigenes zu erleichtern. Kunischal pfeift auf die Organisation, höhnt diejenigen, die für ihn mitkämpfen. Ist es da ein Wunder, wenn seine Kollegen 1905 herkommen und sich eines solchen unsozialistischen Parasiten zu entledigen suchen, mit ihm nicht zusammen arbeiten wollen? Eine Gesellschaft ist so i ch i c h t z a r t i m i t s o l c h e n G e s e l l e n u m g e h e n . Müssten nur die Hartgesottenen Arbeiter sich die Früchte ihrer opfervollen Tätigkeit von störrischen Schädlingen und Eigentümlern aus der Hand schlagen lassen, ohne sich zu melden? Ach nein, in solchen Fällen wehnen sich auch die Hirsch-Dundeschen und die christlich-nationalen organisierten Arbeiter. Warum macht man die Sozialdemokratie allein verantwortlich für einen Terror, der hier nur ein Altdeutschland ist?

Der Arbeiter hat mehr aufs Spiel zu setzen, als man gewöhnlich annimmt. Er hat nichts als seine Arbeitskraft, von der seine Existenz, seine Gesundheit, seine Familie abhängt. Er kann keine Hochachtung im Geiste aller der Organisationen haben, die er gegenübertreten, der ihm eben diese Existenz, Gesundheit und das Familieneleben bewußt untergräbt. Wer aus endlosen Gründen als aus Bosheit und Niederkunft heraus der Organisation fernbleibt, der wird als Unorganisierter über Terrorismus sich wenig zu beklagen haben. Und so geht es auch ehrlich denenden Arbeitern, die nicht den feien, wohl aber den andern Organisationen angehören. In tausend und abtausend Fällen arbeiten die Arbeiter älter Organisationsrichtungen getrennt davon auch bei Beratungen der Berufsfragen zusammen. Dieses Verhältnis wird erst dann gezeigt, wenn sich Leute befinden, daß z. B. christliche Organisationen nicht gegründet worden sind, um ehrlich für die Arbeiterinteressen zu kämpfen, sondern um die Kraft der Arbeiter, die in der Einnahme liegt, zu zerstören. Man vergißt zu leicht, daß doch die christlichen Organisationen gegenseitig werden sind zu dem Zweck, um die freien Gewerkschaften zu bekämpfen, nicht umgekehrt. Man könnte also sehr wohl verstehen, wenn die freien Gewerkschaften ein Zusammenschluß mit den christlichen Verbänden ablehnen, aber es stehen höhere Interessen der Arbeiter auf dem Spiele. Und so lange die christlichen Gewerkschaften diese Interessen wahren, geschieht ihnen Wohlstand an den Arbeitsplätzen ganz gewiß nichts. Es ist, wenn die christliche Gewerkschaft anfangt, sich ihrer Zersplitterungsaufgabe zu erinnern, kommt die Abwehr, die man bestrebt als Terrorismus zu bezeichnen.

Werz dann die „Frankfurter Zeitung“ die Geduld einzufordern, die hier vielfach noch den Zersplitterten gegenüber ausgestellt wird?

Die „Frankfurter Zeitung“ hat selbst oft genug das unsozialistische Verhalten der christlichen Gewerkschaften in reinen Beispielen kritisiert. Mit Recht. Da protestiert eine christlich-nationalen Organisation der Streikposten, sie schimpft Streikbrecher, sie hintergeht die freien Gewerkschaften bei Abschaffungen von Tarifverträgen, durchschlägt die berechtigten Lohnverhandlungen; die christlich-nationalen Organisationen erzielen in ungünstigen Fällen

ein elendes Denunziantentum, organisieren die Denunziation, fürgt und gut, sie lassen ihre Mitglieder sich oft aufzuführen wie die schlimmsten Gangsterbossen. Soll es da zu verhindern sein, daß nicht hier und dort einst freien Gewerkschaftler die Gasse aufsteigt? Wer hier völlige Spolie von den Arbeitern verlangt, der hält sie mit Erfolg. Was glaubt die „Frankfurter Zeitung“ wohl, was ohne die freien Gewerkschaften geschehen würde? Und was ist mit den Beträtern all der Arbeiterschaft geschehen, als es noch keine freien Gewerkschaften gab?

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die freien Gewerkschaften nicht zum Terrorismus auffordern; sie rütteln ihn zu besiegen, fordern sie die Klassegenossen zum Aufstand an, die Organisationen anregen und die Solidarität als das höchste Prinzip flecken, daß alle Arbeiter durchdringen soll. Was sich über Taktizismus aufstellt, sollte lieber Klassesolidarität predigen und die Arbeiter in möglichst einschlägige, geschlossene Organisationen führen helfen. Dadurch wird viel Arbeitsergebnis aus der Welt geworfen werden und auch die gegenseitigen Meinungen hören mehr und mehr auf.

Noch auf eins sei aufmerksam gemacht. Wer vor 15 und 20 Jahren und noch früher bei Arbeitertreffen in den Fabriken, auf Bauteilen, in den Gruben beobachtet hat und die heutigen Verhältnisse zum Vergleich heranzieht; der wird ohne weiteres zugeben, daß der Verkehr der Arbeiter untereinander viel besser geworden ist. Das ist der Erziehung der Arbeiter einzig und allein durch die Organisationen zu verdanken. Das noch manches hier gebessert werden kann, geben wir zu. Über einen Unterschied gibt es doch zwischen damals und heute. Mögten sich früher die Arbeiter gelegentlich schmälen, mögten sie sich prügeln, mögten sie sich gegenseitig aus der Arbeit herausdrängen so viel sie wollten, von Geschrei über Terrorismus was nichts zu merken. Oft genug sahen die Unternehmer, die Meister, Vorarbeiter diesen Terrorismus ganz gerne. Heute brauchen in den Betrieben, wo die organisierten Arbeiter sind, diese untereinander beständigen Kollegen nur leicht anzuzeigen, flugs ist der „Terrorismus“ konstruiert. Er wird in Versammlungen breitgetreten und in der Presse erörtert. Mehr noch als das. Es werden haufenweise Terrorismusfälle eröffnet, zusammengelogen, nur um den freien Gewerkschaften etwas anhängen zu können.

Diese Schwundelmanöver, wie überhaupt die Terrorismusidee organisiert zu haben, das ist das Werk der Leute, die sich am meisten über den Terrorismus aufzuhalten. Sie selbst machen nicht einmal Anstalten, den von ihnen ausgelösten Terror zu dämpfen.

Soll also die „Frankfurter Zeitung“ Moralverhältnisse, dann findet sie bei den Unternehmern, bei den christlich-nationalen Arbeitersorganisationen Gelegenheit genug, über den dort ausgeübten Terrorismus sich zu ereifern.

Um die freien Gewerkschaften braucht sie sich keine Kopfzettel zu machen. Diese sind tückig daran, dem Terror, wo sie sich auch zeigen, zu Leibe zu gehen.

Neue Vorstöße der Scharfmacher.

Die Scharfmacher hätten die Ablehnung ihrer Streikpostenverbandsanträge auch immer nicht bewunden. Der Zentralverband Deutscher Industrieller, die Organisation der verbündeten Arbeiterschaften, hat in seiner Beschlusssitzung, die Anfang dieses Monats in Berlin stattgefunden, seiner treitgeführten Enttäuschung Ausdruck gegeben über die Unzulänglichkeit des Reichstags, namentlich auch der nationalliberalen Partei. Als ob die alten nationalsozialistischen Obergruppen nicht ein Herz und eine Seele hätten mit den Scharfmachern und als ob die Furcht vor den Kollegen ihrer Handlung unter dem eingeschüchterten Bastelei sie etwas im Gedanken hielte! Das erkannte übrigens auch der Sozialist Dietrich von Soden, der in der Diskussion zu der Frage des Arbeitswilligenchancen meinte, daß „Bedeutliche“ Organe zu haben, das ist das Werk der Leute, die sich am meisten über den Terrorismus aufzuhalten. Sie selbst machen nicht einmal Anstalten, den von ihnen ausgelösten Terror zu dämpfen.

Soll also die „Frankfurter Zeitung“ Moralverhältnisse, dann findet sie bei den Unternehmern, bei den christlich-nationalen Arbeitersorganisationen Gelegenheit genug, über den dort ausgeübten Terrorismus sich zu ereifern.

Um die freien Gewerkschaften braucht sie sich keine Kopfzettel zu machen. Diese sind tückig daran, dem Terror, wo sie sich auch zeigen, zu Leibe zu gehen.

Am Hinblick auf die jüngsten Verhandlungen des Reichstags über den Sicherheitsdienstgesetz spricht der Ausschuss des Zentralverbandes Deutscher Industrieller sehr festes Bedauern darüber aus, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien auch dieses Mal, dem wiederholten befürworteten Verlangen des Unternehmens und der national getreuten wirtschaftlich verschiedlichen Arbeiterschaft nach einem erhöhten Schutz der Arbeit nicht die Wiederwahl kennen. Ein Verhalten, wie es der Reichstag mit der Ablehnung des Streikpostenresolutions gezeigt hat, sei der Reichstag mit der Ablehnung des Sicherheitsdienstgesetzes meint, daß „Bedeutliche“ Organe zu haben, das ist das Werk der Leute, die sich am meisten über den Terrorismus aufzuhalten. Freitags v. Weismann, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Metall und Leiter der Arbeitsbereitung, befürwortete die „nationale Arbeiterbewegung“ (sie geben Werbeträger) als „Schriftsteller“, gegen sozialdemokratische Vergeßlichkeit. Nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich für Genüge ausgeschöpft hatten, legten sie ihre Wünsche und Forderungen in einer Resolution fest, in der es heißt:

„Im Hinblick auf die jüngsten Verhandlungen des Reichstags über den Sicherheitsdienstgesetz spricht der Ausschuss des Zentral-

verbandes Deutscher Industrieller sehr festes Bedauern darüber aus,

daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien auch dieses Mal, dem wiederholten befürworteten Verlangen des Unterneh-

mens und der national getreuten wirtschaftlich verschied-

lichen Arbeiterschaft nach einem erhöhten Schutz der Arbeits-

welt nicht Rücksicht nehmen hat.“

Der Ausschuss des Zentralverbandes will sich daher mit den

meisten Freien Gewerkschaften, dem Großbürokratie, dem

friedlichen Proletariat, wenn er zur Wahrung der rechtlichen und wirt-

shaftlichen Freiheit und Händelnschaffen. Freitags v. Weismann, Ge-

schäftsführer des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Metall und Leiter der

Arbeitsbereitung, befürwortete die „nationale Arbeiterbewegung“ (sie geben Werbeträger) als „Schriftsteller“, gegen sozialdemokratische Ver-

geßlichkeit. Nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich für Genüge ausgeschöpft hatten, legten sie ihre Wünsche und Forderungen in einer Resolution fest, in der es heißt:

„Im Hinblick auf die jüngsten Verhandlungen des Reichstags über den Sicherheitsdienstgesetz spricht der Ausschuss des Zentral-

verbandes Deutscher Industrieller sehr festes Bedauern darüber aus,

daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien auch dieses Mal, dem wiederholten befürworteten Verlangen des Unterneh-

mens und der national getreuten wirtschaftlich verschied-

lichen Arbeiterschaft nach einem erhöhten Schutz der Arbeits-

welt nicht Rücksicht nehmen hat.“

Eine unantastbare Notwendigkeit ist nicht ein Geleg zum Schaden

der Streikbrecher, sondern ein solches zum Schaden der Arbeiter gegen

die unverhältnismäßige Gewalt der Kapitalisten. Es ist, gelinde gesagt,

eine abgrundtiefe Heuchelei, wenn die Zentralverbandscharfmacher, die

den Streik in Eibstadt haben und jede selbständige Regierung der

Arbeitererschaft mit blinder Fazit unterdrücken wollen, über die „Zwangsl-

arbeit“ der Gewerkschaften jammern.

Gelegentlich ist, daß der Zentralverband die Haltung der national-

sozialen Abgeordneten, die allerdings zugleich mit seinem Gelde ihre

Wir wollen zeigen

Energie, mit verzehnfachter Ausdauer für die Stärkung und Ausbreitung des Verbandes arbeiten — das sei unsre Antwort auf die Maßnahmen der Unternehmer!

Die allerhöchste Missbilligung der nationalliberalen Politik durch den Zentralverband der Gewerkschaften trägt inzwischen schon Früchte. Die indirekte Drohung mit der Entzündung der Schärmacher-Subvention schien in manchen nationalliberalen Kreisen Wunder zu wirken. Vor einigen Wochen, bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Vorlegung eines Streitpunktsberichts, noch einzige in der Ablehnung, hört man heute im nationalliberalen Blättertum ganz andre Töne. Die "All-nationalliberalen Correspondenz" bedauert außerordentlich, daß die "wütige Angstgefühlskunst" des Reichstagsabstags erschreckt habe, die sich ihrer Bedeutung nicht bewußt, und selbst die sogenannten linksliberalen Blätter pfeifen neue Melodien:

"Typisch ist den Stimmenumstellung in die Stellung des Deutschen Handelsstages, der in seiner Hauptversammlung am 20. Februar sich um dem "Schluß der Arbeitskündigung" beschäftigte. Die Vertreter, die die Zusammensetzung waren durchweg stramme Nationalliberale, sogar viele vom linken Flügel der Partei, und doch wurde hier folgende Resolution angenommen:

Der Deutsche Handelsstag hat auf Grund der von ihm bei seinen Mitgliedern verhandelten Umfrage die Neuerzung geworben, daß, um den Arbeitsmarkt bei Streiks in wesentlichen zu begrenzen und die Arbeitsswilligen nicht seit dem Tertiärausstand der Streikenden in bisheriger Weise auszuweichen, ein ausgiebiger und ständiger Schutz der Arbeitswilligen auf gesetzlicher Basis zu schaffen sei."

Das ist klipp und klar, die Forderung nach einem Kündigungsgesetz, also eine Abstimmung an die nationalliberalen Fraktion im Reichstag, die ohne Kündigungsgesetz mit schärfster Kündigung der bestehenden Gesetze (!) die Arbeiter niederringen will.

Zur Begründung dieses zärtlichsten Verlangens beruft sich der Handelsstag auf das Ergebnis einer Umfrage bei den Handelskammern. Danach sollen fast alle Handelskammern die Ausführung erfordert haben, über den ungenügenden Schutz des Arbeitsmarktes bei Streiks. Nur drei Kammern sind mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden; fast sämtliche haben keine Erfahrungen, 17 halten die Bestimmungen für genügend, während 44 eine Verlängerung der Gesetze verlangen. Der Abstimmung über diesen Punkt, Kommentator Deutscher, Vorsteher der Kreisler Handelskammer, plauderte noch aus, daß der Ausschuss des Handelsstages sich mit 26 gegen 22 Stimmen für einen offenen Verbot des Streikpunktsberichts aussprach und nur infolge der geringen Mehrheit für dieses Verbot seine Kompatibilitätsresolution vorgeschlagen hatte. Beiderseits war folgende Neuformung des Kommissionats Dr. Neude du Mont (Köln): "Wir haben jetzt gelehnt, daß der Reichstag, bei einemmal darüber noch eine Reihe von Fällen bleibt, es ist eine Reaktion, und die Regierung im Augenblick nicht besteht, ein besonderes Gesetz gegen das Streikpunktsbericht einzuführen. Deshalb erscheint es nicht zweckmäßig, daß der Deutsche Handelsstag jetzt mit dieser Forderung hervortritt. Wir wissen, daß wir keine Gesetze machen können." Damit ist offen zugestanden, daß die Hörer nur eine gütliche Gelegenheit, einen andern Reichstag abzuwarten, um mit ihren Anfechtungsbehörden wieder zu kommen. 119 Sozialdemokraten im gegenwärtigen Reichstag haben den schärfmärrigenen Füßen die Thugien hoch gehängt. Die Arbeitnehmer werden sich das für die kommenden Wahlen merken.

Aus dem Reichstage.

Mit Wahlprüfungen begann diesmal der Reichstag seine Wochenarbeit. Die Wahlen der Abgeordneten Köln (nach), Bremen (rechtssozialdemokratischer Wahlkreis) und Haupt (Sozialdemokrat) sollten nach den Beschlüssen der Wahlprüfungscommission für ungültig erklärt werden. Bremers Wahl entging mit einer Stimme Mehrheit dem Schicksal der Ungültigkeitsserklärung. Die Wahlen der Abgeordneten Köln und Haupt wurden zur nochmaligen Prüfung an die Kommission zurückverweisen.

Der 25. Februar war wieder einmal ein Schicksalstag. Da näherten die Mittelmaarsenreiter die Gelegenheit näherte, ihre Rezepte zur Erfüllung des Hanover's anzubringen. Zunächst lag ein nationalliberaler Antrag auf Regelung des Submissionswesens vor. Alle anderen bürgerlichen Parteien hatten das in dem Antrag niedergelegte Meutungsmittel nachempfunden. Das hatte sie damit zur Erledigung ähnlicher Anträge befähigt. Die Unparteilichkeit erfordert nun keineswegs den därftrigen Inhalt. Über was mache, man kann sich doch als Freund des Handwerks in mehr oder weniger langer Rede gegeben. Keiner der sehr verehrten Redner vergaß dabei die Sozialdemokratie als angebliche Feindein der Handwerker zu benenigen. Gebürg, daß Submissionswesen hat unangenehme Blüten gezeitigt. Sie wachsen am Baume der freien Koalitionen, die id. könig als die geeignete Förderin alles wirtschaftlichen und gewerblichen Fortschritts gesehen wird. Sehr oft erinnert es den Betriebern für aufgeschriebene Arbeiten an der Färberei rügtiger Berechnung und Werthaltung aller der Färberei, die das die Preisgestaltung von Einfluss sind. Einer der wichtigsten Förderer des Unternehmens bei öffentlich ausgeführten Arbeiten ist aber das freie Schulen- und Volksbildung des Angebots und der Nachfrage des Kreisverbandes. Tarifsozialist, Lohndruck auf ältere Kleintypen für Preisanstrengungen gewesen. Und wenn die Unternehmer die Wucht hätten, würden sie, die heutige Regelung des Submissionswesens wünschen, jedes regelnde Mittel bei Festlegung des Preises der Ware Rücksicht därftrigen und die wilde Lohnnachfrage wollen lassen. Die Vorwürfe der bürgerlichen Parteien wollen zum Tempel vom Ausdrucken der Streitkunst nichts weissen. Von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Höttmann wurde gefordert, daß der Abschluß von Tarifen, die Kürzungserhöhung verhindern Tarife als Mittel zur Verhinderung von Unterangeboten der Arbeitgeber zu berücksichtigen sind. Alle Anträge gingen an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Eine endlose Reihe von Petitionen, aus der aber nur wenige erledigt wurden, standen dann zur Verhandlung. Aus der durch die Hanover'schen malträtierten Bildholzindustrie schalteten wieder verschiedene Stufen nach Hilf. Herr Giesbers als Berichterstatter mußte angeben, daß die Steuer indirekt schädigend gewirkt hat. Und ein Befürworter abgeordneter schwang sich zu einer langen Rede auf, in welcher er die Rolle der Industrie und der Hanover'schen schilderte. So muß das Hanover's jetzt lebhaft eine Gründerpolitik die aufrüttende Periode ausspielen, die da läuft: Hanover'stabel! Der Abgeordnete Höttmann, in dessen Wahlkreis Fabriken liegen, die sich mit der Herstellung von Spanholzdruck und Schachteln beschäftigen, heute haben sie das infolge der Steuer nicht mehr nötig — empfahl die Annahme des Kommissionansatzes, welcher die Bünigkeit der vorliegenden Industrie und der Arbeiter teils zur Verstärkung empfiehlt oder als Material überweisen will.

Der Wohlth, der Ölindustrie ein Abdingen zu überweisen, wurde zur Erwähnung empfohlen. Der Abgeordnete Feuerstein rechnete mit den Konsumvereinsleuten einstal gründlich ab. Die Abstimmung über eine den Verbrauchern ungünstige Petition wurde durch Obstruktion bis Sonntag verhindert. Es war mit kleinen Mätzchen schwach vertrieben. Die Gefahr der Ablehnung lag nahe; ob blieb beim Hanover'schen Herr Grüber mit seinen Getreuen draussen und fühlte so die Verstärkungsfähigkeit des Hauses herbei.

Am Donnerstag und Freitag erkundete wieder das Glöcklein der Reichszeisenbahnen. Es läutete mancherlei Reden ein, gute und schlechte, vor allem aber lange. Reichszeisenbahnen, Regelung der Gehalts- und Lohnabstimmung, Ablösung der Feiertage für Arbeiter und Handwerker, Achtung vor der Verstärkung der Eisenbahner und verschiedenes andre wurde verlangt. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, in den nächstfolgenden Tagen ist die Reichszeisenbahnen und sämtlichen Arbeiter der Reichszeisenbahnen eine Erhöhung ihrer Bezüge von zehn bis fünfzehn Prozent einzufordern, wurde von dem Sozialdemokraten Grüber bearbeitet. Der "Arbeitervertreter" schafft aus dem Zentrum wünsche für natürlich gegen diesen Antrag, für den mir die Sozialdemokraten stimmen. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag,

dass die Gewerkschaftsbewegung weder durch brutale Kampfmittel noch durch heimückische Verleumdungen noch durch systematische Züchtung gelber Verträtertruppen niedergezwungen werden kann. Mit verdoppelter

der fordert, daß den Arbeitern die Wahlenrechte beigelegt werden; ein anderer Antrag verlangt, daß die Wahlbarkeit zum Zusätzlichmitglied um 25 Jahre herabgesetzt wird. Das löst nichts! Der Antrag gelangte deshalb zur Annahme. Einige Beschlüsse der Budgetkommission mit dem Ziel, besseres Aufrütteln in höher beigelegte Stellen zu ermöglichen, gelangen gleichfalls zur Annahme. Vor Schluß ereignete sich noch ein Nebendumstoss zwischen dem Präsidenten des Reichszeisenbahnen, Herrn Dr. Breitenbach, und dem Abgeordneten Emilie. Zum Sonnabendabend hat Herr Breitenbach wiederholt, daß er Sozialdemokraten in den seiner Leitung unterstehenden Betrieben nicht dulde. Kann er die Bezeichnung "seiner" Betriebe mit Königstrachten ergänzen, er würde sagen, daß er von seinem Biße nur regierungsfreundliche Leute zu befreien, noch sehr weit entfernt ist. Weder er, noch jene, die nach ihm das Vertrütteln streben, werden dies Ziel erreichen. Am Sonnabendabend begannen die Beratungen des Ministeriums.

Bei sie die Direktion noch hinzuziehen versuchten, nicht gemacht worden ist, wobei einer der Männer der schwarzen Heze zuletzt mit anreiste und dann nachst in seitg Weise alles lengte!

Wenn dieses widerlegt werden kann, dann kann die "Gewerkschaftsstimmme" von "sozialdemokratischen Vätermäulern" reden, solange dies aber nicht der Fall ist, befinden sich die Väter und Schülern in einem chärtischen Duell. Wir warten also auf Beweise.

V. Werner.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Aussperrungen bestehen in Bitterfeld, Breslau (Düngerfabrik), Braunschweig (Wandplattenfabrik), Köthen (Chemische Fabrik), Lübeck i. N. (Chemische Fabrik), Fürth i. B. (Blaurohfabrik), Greifswald i. S. (Düngerfabrik), Hüttenberg (Guanoarbeiter), Memel (Holzindustrie), Posen (Siegel).

Berzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— Streik in den Betrieben des Vereins chemischer Fabriken, A. G., Brix.

Ich erkenne für die bei dem Verein chemischer Fabriken, Altonaer Gesellschaft in Brix, beschäftigten Arbeitern und Angestellten das Koalitionsrecht an und werde die Leitung der einzelnen Betriebe der Gesellschaft verantwoften; den Arbeitern und Angestellten wegen der Ausübung des Koalitionsrechts keine Schwierigkeiten zu bereiten. Ich werde auf Wunsch der Arbeiterschaften der betreffenden Betriebe mit diesen über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Gesellschaft verhandeln und durch auf die Leistungen der einzelnen Betriebe einwirken, voreilendsfalls in solchen Verhandlungen einzutreten.

(Schriftliche Erklärung des Reichstagsabgeordneten W. Stöbe, Generaldirektor des Vereins chemischer Fabriken, A. G., Brix, vor der Stichwahl 1912.)

Wir haben schon wiederholt Gelegenheit nehmest müssen, Herr Stöbe an diese Erklärung zu erinnern, und wir müssen das heute wieder tun. Denn in zwei Betrieben des Vereins, deren Generaldirektor Herr Stöbe ist, sind die Arbeitern in den Streik getreten, weil die Direktion nicht nur jedes Entgegenkommen in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern jede sachliche Verhandlung über die Wünsche und Forderungen der Arbeitnehmer ablehnte.

In der Zweigniederlassung Böhlen reichten am 17. Februar die Arbeitersforderungen ein, die in Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und Verkürzung der Arbeitszeit um 60 Minuten pro Woche, Regulierung der Alltagszeit und in Aufschlag für Überstunden bestanden. Wenn man bedenkt, daß der Stundenlohn jetzt 30 Pf. und die wöchentliche Arbeitszeit 65 Minuten beträgt, so ergibt sich die Berechtigung der Forderungen von selbst. Die Hoffnung der Arbeitnehmer, durch Verhandlungen zu einer offiziellen Verständigung zu gelangen, erwies sich als trügerisch. Herr Direktor Dr. Schönmetz ging auf Verhandlungen nicht ein, wenigstens nicht auf einen sachlichen Erörterung der von den Arbeitern gemachten Forderungen. Er erklärte, je während der Kampagne eine Zeit zu verhandeln, die der Arbeitnehmer durch die Lohnerschöpfungen für die großen Städte als zu gering erachtet. Auch wurden die Lohnerschöpfungen für die großen Städte als zu gering erachtet. Für die Annaheim i. d. S. klappten am 17. März 25 Delegierte, die 37 312 Mitglieder vertraten, dagegen stimmten 25 Delegierte für 12 210 Mitglieder. Geschlossen dagegen stimmten die Hanburger, seines stimmten gegen den Schiedsspruch die Delegierten von Bremen, Köln, Halle, Kreisfeld.

In einer Resolution, die der ungewöhnliche Verbandstag annahm, wurde ausgesprochen, daß die Schiedssprüche im allgemeinen nicht die erworbene Wucht auf die bisher bestandenen niedrigen Löhne der Arbeitnehmer im Malergewerbe genommen haben. Die Generalversammlung stimmte über den Schiedsspruch zu; sie erachtete für ausstülpgebend, daß das Verhandlungsergebnis, als Ganzes betrachtet, innerlich eine nichtbhne weiteres abzulehnen Verhältnis der hiesigen Löhne und Arbeitsverhältnisse bringt. — Über die Verhandlungen der Unternehmer liegt uns noch keine Meldung vor.

Kurz vor Abschluß dieser Sitzung wird mitgeteilt, daß die Malermeister den Schiedsspruch abgelehnt haben. Danach wurde der Kampf unvermeidlich sein.

— Der Vergabekreisverband im Jahre 1912. Der Vergabekreisverband veröffentlichte soeben seinen Jahresbericht für 1912. Schon auf den ersten prüfenden Blick sieht man, daß der Verband ein hartes Kampfjahr hinter sich hat. Doch hat diese schwere Zeit der von dem Industrieaufstand ausgetragene Verband leichtlich überstanden. Einnahme und Ausgabe stehen mit 8 925 420 M. zu Buch. Es betragen die Einnahmen an:

	1911	1912
Beiträgen der Mitglieder	2 239 468 M.	2 193 502 M.
Eintrittsgeldern	16 575 "	21 325 "

Summe 2 256 033 M. 2 214 827 M.

Ein Mitgliederbeitrag weist das Jahr 1912 gegenüber 1911 eine Mindeinstimmung von 49 066 M. auf. Das ist erstaunlich. Die Wunden, die den Vergabekreis durch die verärrterliche Verhältnisse des "christlichen" Gewerbevereins geschlagen waren, konnten noch nicht ganz verheilen. Tausende von Vergabekreisern wurden durch dieses Verhältnis in den Zustand der Hoffnungslosigkeit verjagt. "Es nutzt alles nichts", das war der Gedanke, der sich bei vielen Vergabekreisern infolge der Erfolglosigkeit des Streiks eingebürgert hatte. Und so wandte mancher der Organisationen die Rüden. So sank die Mitgliederzahl von 120 136 im Jahre 1911 auf 114 062 im Jahre 1912. Alle Arbeitende stützten sich auf dem Streik auf den Verband und drohten ihn zu erwürgen. Der Schlag ist aber bewußt. Es geht wieder vorwärts. Trotzdem 1912 ein kleiner Rückgang in der Einnahme für Beiträge eingetreten ist, übersteigt diese dennoch in den Geschäftsjahren 1911/12 diejenige von 1909/10 um 192 542 M.

Für Unterstützungsziele wurden veransagt:

	1911	1912
Streikkreisförderung	1 522 929 M.	2 092 536 M.
Gemäßregeltenförderung	48 391 "	135 956 "
Arbeitslosenförderung	33 031 "	50 167 "
Streikförderung	351 425 "	351 956 "
Gierbegeld	91 776 "	90 434 "
Rechtschutz	111 288 "	179 620 "

Summe 2 158 840 M. 2 803 669 M.

Die Ausgaben für Streikunterstützung beziehen sich auf den in Mitteldeutschland im Jahre 1911 geführten Braunkohlenarbeiterstreik und auf die Streiks, die im März vergangenen Jahres geführt wurden. Besonders in die Höhe gekrönt sind die Ausgaben für Rechtschutz. Das erklärt sich aus den vielen Streikprozessen. Auch die Ausgaben für Gemäßregeltenförderung haben sich verdreifacht. Das hängt edenfalls mit den vielen Streiks, die der Vergabekreisverband in früheren Jahren geführt haben. Der Betriebshof verhindert, daß nun noch geringfügig ausreichend verhandelt werden kann, der Streik verhindert werden können; wenn die Direktion auch nur einigermaßen Entgegenkommen gezeigt und nicht selbstherhaft siegt. Der Betriebshof will bei der Arbeiterschaft bestehen, um der Arbeiterschaft auszuhören und jedes erlaubte Mittel anzuwenden, um der Arbeiterschaft zum Frieden vorzuhaben.

In der Delta-Natron-AG., die auch zu dem Verein chemischer Fabriken gehört, reichten die Arbeitern durch die Leitung des Verbandes einige minutielle Forderungen auf Lohnerschöpfung ein. Die Einigung wurde der Direktion am 12. Februar 1913 zugestellt mit dem Erklären, sich bis zum 24. Februar zu entschuldigen. Aber wie schon im vorigen Jahre stand es die Direktion für länger, den Herrn im Hause zu spielen und keine Antwort zu geben. Die Arbeitern beantragten darauf den Gauleiter Bruns, bei der Direktion vorzutreten zu werden und die Wünsche der Arbeitern nochmals vorzutragen. Herr Direktor Müller lehnte jedoch jede Verhandlung mit der Verbandsleitung ab und fertigte den Gauleiter Bruns an, mit dem Bemerkte, er wolle mit einer Kommission der Arbeit verhandeln. Als daraufhin die Kommission am Nachmittage vorsprach, machte der Herr Direktor nur einige sehr geringe Biegungsbündnisse. Eine weitere Verbandsversammlung beschäftigte sich mit der Angelegenheit; es wurde beschlossen, nochmals vorzutreten zu werden, obwohl keine annehmbaren Zugeständnisse erzielt wurden; mittags, die Arbeit niedergelegen. Als die Arbeit niedergelegt war, wurde aus Brix ein Reiter verschickt, der auch in Gestalt eines Herrn Bölkow in Worms eintrat und die Arbeitnehmer riefen. Wie sah über diese Kur aus? Herr Dr. Bölkow erklärte zunächst in einer Verhandlung, wo zu sämtlichen Arbeitern eingeladen wurden, er sei vom Aufsichtsrat gewählt, um mit den Arbeitern zu verhandeln. Er verlas hierauf aus der Lohnliste einige Zahlen vor, wie: 27, 28, 30 und 32 M., und wollte hiermit zeigen, wie glänzend der Dienst im Betriebe sei. Der gute Herr vergaß nur die Stunden anzugeben, in welchen dieser Lohn herausgezögert wurde! Herr Dr. B. erklärte dann, was für Löhne sonst in Worms bezahlt würden, so unter andern meinte er, und wir besaßen deren 14, bringen die Arbeitnehmer ihr Verbandsbuch aufs Bureau und erläutern, weiterarbeiten zu wollen. (Wer's glaubt!) Eine darüber abgeholte Verbandsversammlung beschloß einstimmig, im Streik auszuhören und jedes erlaubte Mittel anzuwenden, um der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen.

In beiden Betrieben hätte, daß nun noch geringfügig ausreichend verhandelt werden kann, der Streik verhindert werden können; wenn die Direktion auch nur einigermaßen Entgegenkommen gezeigt und nicht selbstherhaft siegt. Der Betriebshof will bei der Arbeiterschaft bestehen, um der Arbeiterschaft zum Frieden zu verhelfen?

— Delmenhorst. Auf der Margarinefabrik von H. Petersen n. So. ist eine Remunerierung der Arbeitsbedingungen erfolgt. Danach ist die Arbeitszeit um durchschnittlich ½ Stunde pro Woche verlängert. Der Lohn beträgt in Zukunft nach einer Beschäftigungsdomäne von 13 Wochen für Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 24 Pf., von 16 bis 18 Jahren 30 Pf., von 18 bis 19 Jahren 40 Pf., über 19 Jahren 42 Pf. pro Stunde. Diese Festeistung bedeutet gegenüber dem früheren tatsächlichen Verhältnis eine Erhöhung des Lohnes um 1 bis 6 Pf. pro Stunde. Durch die Festeistung eingetretene, indem den Arbeitern von 17 bis 19 Jahren nur 30 Pf. gesetzt werden, möglicherweise ja dem früheren Verhältnis 33

13 Wochen verlängert. Sonstige Verbesserungen wurden nicht getroffen.

In dem Vertrage, welcher 2 Jahre Gültigkeit haben soll, ist für das nächste Jahr (außer an den Wälzen) leinerlei Lohnnerhöhung vorgesehen. Im Juni 1912 erschien nach Meinung der Firma ein Vertragsabschlus wegen der eigenartigen Verhältnisse nicht angängig, doch haben sich diese in jüra drei Viertel Jahren anschließend darum geändert, daß ein tarifisches Verhältnis nunmehr in Frage kommen kann. Es kann aber nicht unerwähnt bleiben, daß der Vertrag, welcher zwischen den Arbeitern und der Firma geschlossen ist, unter Umständen zustande gekommen ist, die es recht zweckmäßig erscheinen lassen, ob derselbe für einen Teil der Arbeiter zu Recht besteht.

Koswig i. A. In der Chemischen Fabrik Dr. Schraube haben die Arbeiter am Mittwoch, dem 26. Februar, die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen forderten die Erhöhung des Stundenlohnes von 32 Pf. auf 36 Pf. die Stunde. Man sollte es kaum für möglich halten, daß Arbeiter um solch eine minimale Forderung noch in den Streit treten müssen. Noch bis zum letzten Augenblick glaubten die Arbeiter, daß man ihren gerechten Forderungen entgegenkommen würde, da Herr Dr. Schraube doch sonst als humaner Arbeitgeber gegenüber seinen Arbeitern geltet will. Ihm ist gewiß nicht bekannt, wie die Arbeiter unter der Beurteilung zu leiden haben, sonst würde er den Forderungen der Arbeiter mehr Entgegenkommen gezeigt haben. Daß es die Rentabilität seines Betriebes — er ist ja selber jämmerlich — nicht zuläßt, glaubt er, Herr Schraube, doch wohl selber nicht; sonst würde er doch längst nicht der Stadt Koswig die Stiftung von 15 000 Mark genugtägt haben. Den Arbeitern blieb nichts weiter übrig, als in den Kampf zu treten, um sich einen besseren Lohn zu ertragen.

München. Erfolgreiche Lohnbewegungen. Bei der Konservenfabrik Hauseit u. Schwarz hatten wir bisher nur für einen Teil der Arbeiterschaft (für die Bouillonwürfelherren) einen Tarifvertrag. Die übrigen Arbeiterschaften und Arbeiter waren tariflos, weil dieselben den Wert der Organisation noch nicht begriffen hatten. In der letzten Zeit haben es unsre Kolleginnen fertiggebracht, die gesamte Arbeiterschaft der Organisation anzuhören, und so konnten am 6. Februar die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle tariflich festgelegt werden. Das Hauptgewicht wurde auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt, und wir haben auch $\frac{1}{4}$ Stunden der Arbeitszeitverkürzung pro Woche erreicht. Aber auch die Lohnsätze sind nicht unbedeutend gestiegen. Während früher die Firma mit Ausnahme der Fleischerinnen Böhne nach belieben tunnen konnte, beträgt jetzt der Anfangslohn für Arbeiter 24 Pf. nach $\frac{1}{2}$ Jahre 25 Pf., nach 1 Jahr 26 Pf. und nach 2 Jahren 27 Pf. pro Woche. Die Anfangslöhne für Arbeiterschaften betragen 2 Pf. steigend bis 23 Pf. resp. 2,60 Pf. Ebenso wurden sämtliche Alltagsarbeiten tariflich geregelt und verfestigt. Außerdem erhalten nun sämtliche Arbeiter und Arbeiterschaften nach zweijähriger Dienstzeit 2 Tage, nach 3jähriger 3 Tage und nach 4jähriger Tätigkeit 4 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Gehaltes. Am 1. Mai wird nicht gearbeitet. Der Vertrag dauert 3 Jahre.

Bei der Firma Schöppli u. Adler, Bettfedernfabrik, wurde ebenfalls der Tarif erneuert. Da der Firma unsere Forderungen zu hoch erschienen, rieten beide Parteien das Einigungssamt an, wobei am 12. Februar unter dem Voritz des Herren Dr. Lieb folgende Einigung zustande kam: Die Arbeitszeit beginnt früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr und endet abends 5 Uhr mit einer $\frac{1}{2}$ stündigen Frühstück- und einer $\frac{1}{2}$ stündigen Mittagspause. Sonnabends ist um 4 Uhr freizobend; an den Vortagen vor Tagen, Feiertagen und Weihnachten wird durchgearbeitet bis 11 $\frac{1}{2}$ Uhr mittags. Der 1. Mai ist frei. Die Löhne der Arbeiter betragen: Anfangslohn 3,90 Pf., nach 4 Wochen 3,90 Pf., nach $\frac{1}{2}$ Jahr 26 Pf., nach 1 Jahr 27,50 Pf., der sich vom 1. Februar 1915 an auf 28 Pf. pro Woche erhöht; für Lagerverarbeiter, Waschmaschinenarbeiter, Steiger und jüngste Arbeiter, die über 10 Jahre im Betriebe sind, 28 Pf., der sich vom 1. Februar 1915 auf 28,50 Pf. erhöht. Der Arbeiter Lang erhält 30 Pf., der Getz 32 Pf. pro Woche. Der Anfangslohn für Arbeiterschaften beträgt 1,90 Pf., nach 4 Wochen 12 Pf., nach $\frac{1}{2}$ Jahr 13,30 Pf., nach $\frac{1}{2}$ Jahr 14 Pf., nach 1 Jahr 15 Pf. pro Woche, Waschmaschinenarbeiterinnen nach 1 Jahr 15,60 Pf., Vorarbeiterin 16,20 Pf. pro Woche. Arbeiter, welche 1 Jahr bei der Firma beschäftigt sind, erhalten im Sommer 4 Tage Urlaub, nach einer Beschäftigungsduer von 5 Jahren 5 Tage Urlaub, Arbeiterschaften nach 1 Jahr 2 Tage, nach 2 Jahren 3 Tage, nach 5 Jahren 4 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Gehaltes. Es ist leider zu vermuten, daß in den übrigen Betriebsabteilungen in ganzem Reich keine geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen; vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Kolleginnen an den Orient, wo Betriebsverabredungen vorhanden sind, sich einmal die Betriebe ansehen.

Korrespondenzen.

Höchst a. M. Ein christliches "Frühjahrsexemplar". In Nr. 15 der "Ritter Zeitung" muss ein Herr Karl Baumgärtel (Nied.) folgende Erklärung eröffnen: "Die beteiligende Erhöhung, welche ich an der Frankfurter Chem. Fabrik Gräfesheim "Gleiter" gegen den Fabrikarbeiter Andre Knaus gemacht habe, nehmen ich mit Bedauern zurück, da dieselbe auf Unzufriedenheit beruht." Bei Besichtigung des Fabrikats fanden wir auf die Handlungswweise eines wirklichlichen Namens, denjenigen, der es verdient, zum Ehren und Ruhm unserer Arbeiterschaft bekannt zu werden. Der Arbeiter K. war vom 14. Januar bis 5. Februar krank und arbeitsunfähig, und als er am 7. Februar das Frankfurter abheben wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß er mit 3,50 Pf. bestraft wäre, weil er am 28. Januar in der Frankfurter "Zum grünen Baum" gewesen sei. Auf Prozeß wurde der Angeber in Person des Karl Baumgärtel gegenübergestellt, und in Gegenwart der Frankfurter Richter K. seine Demokratie aufrecht hielt. Gestand die Richterin die Demokratie als Unnachgiebig und sich bereit, öffentliche Sitzungen abzugeben, an 3,50 Pf. an die Arbeiterin in Nied zu zahlen, damit sie nicht weiter gefangen werden sollte. Mit letzter Stimme schied er in der Frankfurter, jenseits Angaben freien Wahl, vor dem Sozialgericht Karlsruhe sein Lügengebäude zusammen und als Verleumder selbst er ist der Dafürstädter vor; nun aber ist und bleibt er ein treuer Mitglied des därtischen Verbands mit der kleinen Mitgliederzahl und dem kleinen Namen, Gräfesheimer beim Kaff. Verein, Mitglied der Partei für Freiheit und Recht, Überzeugungsverein der Freiberger Gewerkschaft und ein treuer, fleißiger Bürgermeister. An ihrem Feindin ist ihr ja erkannt!

Rundschau.

Bethmann-Hofwegs Fortsetzung der freien Gewerkschaften? Wir führen aus einer Seite, die der Heimstifter von Bethmann-Hofweg höchst gehalten hat:

„... daß wir in dieser Fortsetzung betriebswidrige Verhandlungen haben...“ Sie kann natürlich die Fortsetzungsführerin lernen, sondern kann nicht für das Werk der von ihnen vertretenen Fortsetzung eintreten. So können wir für ihren Platz neben den Fortsetzungsführern eintreten und behaupten, und Sie können genau sein, daß wir ihrer Arbeit wichtige Ausprägungen schenken. Sie dienen in dem Widerstreit und dem Seitenstreit. Sie haben die Arbeitsaufgabe übernommen für die Fortsetzungsführer der von Ihnen vertretenen Fortsetzung, aber indem Sie ja über das ganze Deutsche Reich erfreut, weisen Sie die passimale Unzufriedenheit von sich, diese nicht mehr über den Fortsetzungsführer.“

Und was für Fortsetzungsführer sind das, die hier durch den Fortsetzungsführer eine Art als notwendig und berechtigt erachtet werden? Der Deutsches Gewerkschaftsrat und der Deutsche Handelsrat!

Um Lohnverhandlungen sprach Oberburg unser größtem Bereich! Um den Handelsrat hätte man während seines Berichts des Streitkomitees:

„... daß es nur mit der Verstärkung der freien Gewerkschaften, die Fortsetzungsführer der von Ihnen vertretenen Fortsetzung“ wahrgenommen? Nach kommt die Antwort: „Ja, Bauer, das ist etwas anderes, die freien Gewerkschaften sind gar nicht die bestreitigen Vertreter der Arbeiter! Wie steht es mit dieser Behauptung? Am 15. Januar 1909 sprach der Frankfurter Rat der Gewerkschaften im Deutschen Reichstag das folgende an:

Was an der Organisierung von Arbeitern gelingen kann, das geschieht und ist geschehen von den Gewerkschaften, in allen ihren Schattierungen, und was alles von einer reinen Arbeitervertreterung in ihrem Wirksamkeitsbereich zum Besten der Arbeiter gegeben werden kann, darauf haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit tatsächlich erstreckt. Kein Gelehrter hätte mit der Umstt, mit der Energie, mit dem Organisationstalent, auch nicht mit dem rücksichtslosen Draufgänger, unter der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten können.

Und wer war damals Staatssekretär des Innern? Bethmann-Hofweg!

Die Worte des Reichskanzlers über die Berechtigung, Sonderinteressen neben den Parlamenten zu vertreten, sind zu merken, im besonderen werden wir sie als den Scharfmachern und Realitäten immer wieder entgegenhalten, die es ablehnen, in den Arbeiterorganisationen berechtigte Berufsvereinigungen zu sehen. Ober ist es immer wieder so, daß die Berechtigung nur für die Unternehmer und die Besitzenden gilt? Mit jeder Neuerung, die dies ausspricht, werden wir den letzten Arbeitern aufzutreten!

Wurst wider Wurst.

Für "Tag" fordert ein Konsistorialrat a. D. Krönigfeld den weiteren Ausbau unseres Schutzsollsystems in einer Räumung, die vorher den Schlossnoch den Kaufleuten gefallen dürfte. Er schlägt nämlich nicht mehr und nicht weniger vor als einen Soll auf ausländische Arbeiter. Aus der Begründung dieser Forderung haben wir einige Sätze heraus, die nach mancher Rücksicht hin Interesse verdienen. Er schreibt:

„Wie der deutsche Landwirt nicht mit dem argentinischen Farmer, so können der deutsche Arbeiter wirtschaftlich nicht mit dem galizischen und russischen Polen konkurrieren, ohne sich unter das kulturelle Niveau, zu dem wir ihn erst durch die Schule erzogen haben, herabdrücken zu lassen. — Der deutsche Arbeiter hat eine Familie zu erhalten, die in Deutschland lebt unter den Leidungsverhältnissen, die durch die Agrar-

Achtung, Agitationsnummer des "Proletariers"!

Die Nr. 14 des "Proletariers", datiert vom 5. April, wird als Agitationsnummer in erhöhter Auflage ausgegeben. Die zur Agitation bestimmten Exemplare werden ohne Datum herausgegeben, können also während des ganzen Monats April ausgegeben werden. Die Zahlstellenleistungen werden sofort Vorbereitungen zu einer umfassenden Agitation — namentlich Hausagitation — zu treffen und dem Vorstand bis zum 15. März mitzuteilen, wieviel Exemplare der Agitationsnummer sie gebrauchen.

Verbandsnachrichten.

Agitations-Material.

Zahlreichen Bestellern teilen wir hierdurch mit, daß wir Flugblätter für Konserver-, Zucker-, Pulver-, Gummi-, Schwammstein- und Zündholzfärbiken nicht haben, demnach die Bestellungen nicht erledigen können.

Der "Weckruf" ist vergriffen und soll auch zurzeit nicht wieder herausgegeben werden. An seiner Stelle erscheint jetzt eine neue Flugschrift mit dem Titel: "Erfrischen — dann töpfen." Mit dem Verband wird jetzt begonnen.

In neuer Auflage werden hergestellt die Flugblätter für die chemische, Siegels- und Papierindustrie, für Arbeiterinnen, für polnische und für italienische Arbeiter. Die Fertigstellung wird im "Proletarier" bekanntgegeben.

Vorrätig sind noch: Flugblätter für Zementarbeiter, gegen die Hirsch-Dv. Ferschen Gewerksvereine, gegen die Gelben, "Die Unternehmer in der chemischen Industrie rüsten", "Allen Kolleginnen zur Beachtung".

Vielle Bestellungen für "Anschriften" konnten bisher nicht erledigt werden, da diese später fertig wurden. Wir haben zwei Sorten herstellen lassen, eine für Arbeiter und eine für Arbeiterinnen. Soviel die Zahlstellen ihren Bedarf noch nicht angegeben haben, bitten wir um baldige Bestellung. Vorrätig sind Adressensammlerarten, Agitationsarten für Hausagitation, Mahnzelten und Mahnarten für Mahnkommisionen.

Gebundene Exemplare des "Proletariers", Jahrgang 1910, 1911 und 1912, sind zum Preise von je 6 Pf. gebundene Exemplare des "Correspondenzblattes", Jahrgang 1891—99, zusammen 19,50 Pf. 1909 und 1912 für je 3 Pf. an die Zahlstellen abzugeben. Bestellungen werden jetzt erbitten. Die Inhaltsverzeichnisse zum "Proletarier" 1912 werden mit der Zeitung Nr. 3 versandt.

Achtung, Geschäftsberichte!

Die Zahlstellen, die gedruckte oder sonst verbißfältigte Geschäftsberichte herausgeben, werden dringend ersucht, dem Vorstand mindestens drei Exemplare des Berichts zu übermitteln. Auch ersuchen die Gauleiter alle in Betracht kommenden Zahlstellen um Zusendung eines Berichts.

Vom 25. Februar an gingen bei der Hauptklasse folgende Beträge ein:

Aue i. Ergeb. 800.—, Küppersieg 400.—, Annaberg (Bz. S.) 300.—, Obersdorf 19,14, Plauenscher Grund 6.—, Höhr-Grenzenhausen 1.—, Hildesheim 9.—, Böhlen 300.—, Grünberg i. Sch. 90.—, Waldheim 1.—, Parchim 500.—, Riesa 400.—, B. 6,30, Plauenscher Grund 2000.—, Chemnitz 972,17, Sinzig 7,75, Blotho 66,42, Dresden 6.—, Höchst a. M. 6.—, Celle 2,25, L. 25, Dresden 2000.—, Stahnsdorf 1000.—, Elbing 800.—, Althausenburg 500.—, Schondorf 300.—, Roitod 300.—, Glauchau 200.—.

Schluss: Montag, 3. März, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Verichtigung.
In Nr. 8 muß es heißen: Freiburg im Br. 100,—, nicht Freiberg in Sachsen.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen erhielten die Zahlstellen

Stuttgart. 15 Pf. pro Woche und männliche Mitglieder. 10 Pf. pro Woche für weibliche und jugendliche Mitglieder.

Köslin. (Bezirk Orlamünde) 5 Pf. pro Woche und Mitglied. (Bezirk Schleife) 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärt Bücher und Karten.

Bug.-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
427276	Karl Kolar	24. 11. 88	1. 4. 11	
437622	Friedrich Kopf	24. 3. 77	15. 7. 11	Höchst a. M.
413022	Wilhelm Hartwig	11. 11. 88	27. 11. 05	Güstrow
447633	Hermann Meyer	5. 1. 79	22. 9. 11	Düsseldorf
476177	Anna Göthert	14. 4. 68	28. 5. 11	Naujcha
231956	Agnes Gelpel	21. 1. 69	22. 2. 12	Leipzig
243510	Friedrich Niesel	31. 10. 88	24. 3. 12	Sandbach
280473	Emil Koal	28. 4. 92	5. 8. 12	Berlin
280074	Ernst Thurm	30. 9. 92	1. 9. 12	Altenbg. S. A.
274417	Hermann Naumann	4. 2. 76	12. 10. 12	Nieja a. E.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen

Weißwasser. Wilhelm Pilatzsch, B.-Nr. 353 222.
Nürnberg. Georg Wagner, B.-Nr. 491 259.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Frankfurt a. M. 1. Bevollmächtigter: Philipp Sommer, Bodenheim, Florastr. 8. Geschäftsführer: Michael Fischer. Bureau: Gewerkschaftshaus, Auerstraße 51. 3. Et.

Görlitz. Henry Siecker, Piepmarsstr. 16.

Inserate.

Zahlstelle Hannover.

Zum baldigen Antritt suchen wir einen weiteren

Ortsbeamten

für Agitation und Büroarbeit. Bewerber haben ihre Bewerbung unter ihrem Lebenslauf und Angaben über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, eine handchriftliche Arbeit über: "Die Aufgaben eines Ortsbeamten", beifügen und sie bei der Zahlstelle einzureichen.

Die Ortsverwaltung.

Z. A.: Otto Contentus, Ritolstrasse 7, 3. Et.

Zur Beachtung für die reisenden Kollegen!
Die Gewerkschaften und Unternehmenszweigleute dürfen nicht auf der Arbeitsschule ausgetauscht werden. Sie geben da keinen Austausch, auch keine Unterstützung aus.
Das Ausmaß eines Gewerkschaften auf der Arbeitsschule bringt also den reisenden Kollegen einen Nutzen, kann aber Rücksicht für den Gewerkschaften haben und ist deshalb nicht allen Kolleginnen zu wünschen.
Es hat kein Mitglied das Recht, Anträge von Unternehmens-

zweigleuten als der vorgebrachten Aussicht zu verlangen.

Beilage zum Proletarier

Hannover, 8. März 1913

22. Jahrgang

Nummer 10

Chemische Industrie

Die chemische Industrie der Kleinstaaten.

I.

In früheren Nummern des "Proletariers" haben wir die Jahresberichte der Gewerbeinspektoren für Baden, Preußen, Württemberg, Hessen und Bayern besprochen. Eine Besprechung der jüngsten Berichte lohnne sich wagen; ihrer gar zu großen Dürftigkeit nicht, obgleich das Königreich Sachsen nach Zahl der chemischen Betriebe und der darin beschäftigten Personen an dritter Stelle rangiert. Ob und wann in dem "roten Königreich" eine Besserung in dieser Hinsicht eintritt, steht dahin. In den übrigen Bundesstaaten Deutschlands waren 384 revisionspflichtige Betriebe der chemischen Industrie vorhanden, in denen 13 112 Arbeiter beschäftigt waren. Von diesen Betrieben wurden 273 oder 71 Prozent revidiert; von den darin beschäftigten 13 112 Arbeitern 11 271 oder 86 Prozent von der Revision erfasst. Die bei den Revisionen vorgefundene wichtigsten Missstände sind in einigen Notizen, die sich in 8 Berichten vorfinden, niedergelegt.

Missstände und Anordnungen zum Schutz der Arbeiter.

In einer chemischen Fabrik in Oberelsass mußte der Vorstand beklagt werden, weil er nicht den Sicherheitsvorschriften entsprach. Der Lothringen berichtet, daß er bei Übernahme einer neuen Sprengstofffabrik einen Nitriermeister antraf, der der deutschen Sprache nicht mächtig war und infolgedessen die ausschließlich deutschsprechenden Arbeiter nicht mit der unbedingt erforderlichen Klarheit auf die Unfallverhütungs- und andern Sicherheitsvorschriften aufmerksam machen und belehren konnte. Es wurde der Erfolg dieses Werkmeisters durch einen deutschsprechenden sofort veranlaßt. Die Einrichtungen dieser Fabrik entsprachen auch nicht den Konzessionsvorschriften. Zur Herstellung der bei der Sprengstofffabrikation verwendeten Apparate waren an Stelle messingener Nägele eiserne verwendet worden. Es stellte sich bei der Abstellung dieser Mängel heraus, daß der Fabrikant der Apparate gegen die Lieferungsbedingungen verstößt hat. Weiter wurde bemängelt, daß die Schleppbleche der Weißstrommeln durch Rosten mit vorliegenden Köpfen verbunden waren, so daß die rollenden Metalltugeln die Nietköpfe abschlugen. Dabei kamen Stücke dieser Köpfe ins Pulver. Sie konnten von da in die Gelatiner- und Patroniermaschine gelangen und so die Ursachen zur Explosion geben. Der Missstand wurde beseitigt. Zum Verschrauben der Verschlusseckel dieser Trommeln wurde die Anbringung von befestigten Gelenkschrauben mit genieteten Köpfen verlangt, damit die Muttern nicht herausgedreht werden könnten. Sie würden sonst ins Pulver fallen und schließlich mit ihm in die Apparate des Knethauses gelangen und dort Anlaß zur Explosion geben. Die aus abrundelndem Guss gefertigten Riegel der Weißstrommeln boten die gleiche Gefahr. Die zum Vermahlen der fertigen Sprengstoffe vorhandenen Mahlwerke erwiesen sich als Schlagwerke und wurde deren weitere Verwendung unterstellt. Wegen sich gegeneinander bewegender Eisensteile mußte eine Dampftrockenspanne und der Schneckenradantrieb einer Trockenspanne als ungeeignet bezeichnet werden. Die Konstruktion einer Transportschnecke, bei der sich die Schnecken an den Messingwänden unausgesetzt rieben, wurde bemängelt, weil die abgehobelten Messingspäne dabei in das Rüstgut fielen. Das ist ein ganzer Haufen kleiner Ursachen, die aber besonders in Pulverbauten schon große Wirkungen ausgelöst haben.

Der Anhalter Beamte berichtet, daß durch Erhöhung des Retortengebäudes in einer Salpetersäurefabrik wesentliche Verbesserungen erzielt wurden. In einer Salzsäurefabrik, in der das Sulfit in geschlossenen Wagen abgezogen wird, ließ sich durch eine an den Fabrikstein angegeschlossene Abzugsvorrichtung eine Besserung erreichen. In einer Superphosphatfabrik mußte die Verbesserung der mechanischen Absaugvorrichtungen an den Aufschließkammern gefordert werden. — Der Südecker Beamte berichtet von der Einführung mechanischer Lüftungsanlagen für Aufschließkammern, mechanischer Verschickung der Kiesöfen und mechanischem Transport des Phosphatmehls. In Hamburg beantragte eine Düngerfabrik die Erteilung der Genehmigung, daß sie bestimmte Teile des Superphosphatlagers unter Anwendung von Sprengmitteln abbauen dürfe. Es wurde genehmigt, daß aufgeschlossener Guano und Ammoniakuperphosphat unter Beachtung bestimmter Vorschriften mit Sprengmaterial abgebaut werden darf.

Über Einrichtungen, die zum Schutz der Arbeiter gegen Feuerungsgefahr in Lackfabriken dienen, berichten die Beamten von Braunschweig und Anhalt. In einer Lackfabrik des Herzogtums Braunschweig werden die leichter schmelzbaren Harze in Schmelztöpfen, in denen Rohrschläuche eingebaut sind, worin heißes Wasser zirkuliert, geschmolzen. Die Erhitzung des Wassers geschieht in einem vom Schmelzraum völlig getrennten Raum. Die Feuerungsgefahr kommt daher mit dem Inhalt der Schmelztöpfen nicht in Brüderung. — Noch etwas besser scheint die Einrichtung einer Anhalter Lackfabrik zu sein. Das Schmelzen der weicheren Harze und das Erwärmen der Öle geschieht hier in geschlossenen, mit Rührwerk versehenen Kesseln durch überhitztes Wasser. Die Zufuhr der Öle und die Ableitung der fertigen Lacklösung geht in geschlossenen Rohrleitungen mittels Pumpdruck vor sich. Die überströmenden Dämpfe werden abgesaugt und, soweit möglich, kondensiert. Nicht kondensierbare Dämpfe werden aus den Kondensationseinrichtungen abgesaugt und verbrannt.

Zur Herstellung von Lacken und Farben werden anstelle des teuren Terpentins Benzine und Benzole verwandt. Benzole sind in Dampfform eingearbeitet, giftig. Sie können also den Arbeitern in Lackfabriken und den Anstreichern gefährlich werden. Die Hamburger Gewerbeinspektion hat nach weiteren Erfahrungen des Benzols Umschau gehalten. In Beisecht kame ein Schwerbenzin, das bei 130 bis 180 Grad Celsius siedet. Tetrachloroethylenstoff, Benta- und Tetrachloräthan sind nach Versuchen des Hygienischen Staatsinstituts giftig, sie sollen deshalb zur Herstellung von Anstrichmitteln nicht benutzt werden.

Unfälle.

"In einer Chlorkaliumfabrik starb ein Arbeiter einen Wagen in den offenen Schacht und wurde mit heruntergerissen. Da die Schüttlin infolge eines Defektes nicht geschlossen war, hatte er überschritten, daß der Fahrstuhl in die Höhe gegangen war." In dieser Form erstattet der Wedelburg Beamte über einen Unfallbericht. Er macht dabei der Betriebsleitung, die doch eigentlich schuld an der Sache ist, weil sie den Defekt nicht rechtzeitig beseitigte, keinen Vorwurf. Wohl aber ließ man sehr deutlich heraus, daß er dem Arbeiter die Schuld zuschiebt, weil er überschritten hatte, daß der Fahrstuhl in die Höhe gegangen war. Was mit dem Arbeiter geschehen ist, ob er tot ist oder noch als Invalidus existiert, darüber berichtet der Beamte nichts. Das ist auch eine Berichterstattung! — In einer Pulverfabrik in Braunschweig brach in dem Raum, in welchem die Pulverküchen zerlegt wurden, ein Brand aus, bei dem zwei Arbeiter verletzt wurden. Die Ursache des Brandes konnte, wie das gewöhnlich der Fall ist, nicht aufgeklärt werden. — In Lothringen wurden zwei Arbeiter einer Salpetersäurefabrik infolge Einatmens nitroser Gase bestimmtlos aufgefunden. Sie konnten nach Anwendung wirksamer Gegenmittel gerettet werden.

Erkrankungen.

In zwei Farbenfabriken Sachsen-Weimars erkrankten von 30 bei der Bleiweißherstellung beschäftigten Arbeitern 4 oder 18 Prozent an Bleiergiftung. Der Schwarzbürg-Stadtschädel Arbeiter berichtet von einer Erkrankung in einer Bleiweißfabrik mit 76 Krankheitstagen. In einer andern Bleiweißfabrik seines Reviers waren 3 Bleiergiftungen mit 16 Unterstützungstagen zu verzeichnen. Über die Zahl der Arbeiter macht er keine Angaben.

Der Anhalter Beamte berichtet, daß der Gesundheitszustand der Salpetersäurearbeiter befriedigend sei. Seit 1895 wären nur 3 Personen von der Vergiftung ausgeschlossen worden. Nach unserer Auffassung malt er zu rosig. Zur Beweisführung seiner Angaben hätte er mindestens die prozentuale Erkrankungsziffer anführen müssen, damit die Offenlichkeit sich überzeugen kann, unter welchen Voraussetzungen nach den Begriffen des Gewerbeaufsichtsbeamten der Gesundheitszustand der Salpetersäurearbeiter befriedigend ist. Wenn Ausschüsse von der Arbeit erfolgen mühten, so ist das doch ein Beweis, daß an die Gesundheit der Salpetersäurearbeiter erhebliche Anforderungen gestellt werden.

In Hamm haben sich Fälle von Manganiosis, die im Jahre 1902 beim Mahlen von Braumstein auftraten, nicht wieder ereignet. Der Braumstein bildet beim Mahlen ein außerordentlich staubendes Pulver. Der sich trotz Absaugvorrichtungen bildende Staub dringt durch die Kleider und bildet allmählig einen glänzenden Überzug auf der Haut des Arbeiter. Eine kurze Arbeitszeit und regelmäßiger Kleiderwechsel ist zur Vermeidung der Erkrankung notwendig. Seitdem streng darauf gehalten wird, daß sich die Arbeiter nach zehntägiger Schicht jeden Tag gründlich reinigen, nach vierstündiger Tätigkeit in den Mälzräumen ein bis zwei Monate mit andern Arbeiten beschäftigt werden; lämen die eigentlich nervösen Erkrankungen nicht mehr vor. Wir halten die Lieferung und Reinigung der Arbeitskleider durch den Unternehmer für unbedingt notwendig. Ob sie bereits erfolgt, wird nicht berichtet. Auch wäre die Frage aufzuwerfen, ob die Absaugvorrichtungen zweckentsprechend sind.

Neben den Gesundheitszustand der Arbeiter in den Thomanusmühlen verweist der zuständige Beamte auf eine Statistik, die sich aber mit dem besten Willen in seinem Bericht nicht auffinden läßt. Wir müssen uns deshalb mit der Wiedergabe einiger Neuersungen des Beamten begnügen. Hier nach hat auch die älteste Mühle eine umfassende Aenderung ihrer Betriebsanlagen vorgenommen. In den übrigen Mühlen hat sich der Gesundheitszustand der Arbeiter gebessert.

Die schädliche Einwirkung des Thomasmahlsteubes wird bei dem jetzigen Verfahren der Vermahlung sich kaum gänzlich beseitigen lassen. Es ist deshalb zu bedauern, daß sich in den Kreisen der Unternehmer so wenig Neigung zeigt, die Herstellung des Thomasmehls auf eine andre, weniger schädliche Weise zu erreichen. Versuche, die in andern Landesteilen mit Erfolg durchgeführt worden sind, aber auch hier die Unternehmer nicht von dem bisherigen Verfahren abzutragen vermögen, obwohl auch ein wirtschaftlicher Nutzen dabei winnt, sind hierzulande, trotz mehrfacher Anregung, nicht gemacht worden. Für die beim Entladen der mit Holzmaterial eingelaufenen Wagen beschäftigten Arbeiter hat sich eine, in gewissen Zeitschnitten zu wechselnde Beschäftigung bewährt. Die Zahl der Fälle von Lungenerkrankungen wurden dadurch berabgemindert. Die Neuersungen des Lothringen Beamten sprechen dafür, daß die heutige Bundesratsverordnung für Thomasmahlmühlen nicht ausreicht, den Gesundheitszustand der Arbeiter befriedigend zu gestalten; eine vollständige Umwälzung der Zerkleinerungsmethode und deren Einführung auf gesetzlichem Wege wird voraussichtlich grundliche Abhilfe schaffen können.

X Unverträgliches aus der chemischen Fabrik "Silizium", Frankfurt a. M.

In der chemischen Fabrik "Silizium" in Frankfurt zählt man nicht nur Löhne von 36 bis 40 Pf. pro Stunde, es fehlt dort auch an ausreichenden sanitären Einrichtungen. Der Raum ist für die Arbeiter viel zu klein und starrt von Schmutz. Nur sehr selten wird er gereinigt. Die Mäuse gehen auf den Tischen und in den Kleiderkästen posizieren. Die Schenkel müssen ihre Kleider in die Nähe der Schmelzöfen hängen, wo auch die Matschseiten eingenommen werden. Der Lohn ist so gering, daß die Arbeiter damit nicht auskommen; es dürfen deshalb Nebenjobs gemacht werden, und zwar 24 und 36 Stunden hintereinander. Lehnt sich ein Arbeiter einmal etwas entschuldigt dagegen an, so wird schnell nach der Polizei gerufen, die natürlich auch sofort zum Schluß des Kapitals erscheint. Der Arbeiter hat dann unter Umständen eine Klage wegen Haussiedensatzes zu verantworten. Der Meister scheint damit zu rechnen, daß seine Behandlung, die er den Arbeitern angedeihen läßt, doch einmal verdeckt verstanden wird, anders kann man es sich nicht erklären, daß er, wenn etwas vorkommt, das Schäfchen holt und den Arbeitern damit unter der Nase herumzieht. Für Ausländer von Waggons gibt es 1 Pf. für den Beutler, der Stundenlohn wird dann abgezogen. Das ausgeladene Zeug, das zum Waschglas gebracht wird, beläuft den Leuten in die Augen. Wollen sich die Arbeiter waschen, dann wird es ihnen einfach verboten. Die Aborten sind in einem entsetzlichen Zustande, die Waschepulung, die seit Monaten nicht mehr funktionierte, ist jetzt repariert worden, den Rest hat man

aber liegen lassen. Der Wechsel in diesem Betriebe ist sehr groß, die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt 28, wechselt aber über dreimal im Jahre. Bei all diesen großen Wechseln ist die Hälfte der Arbeiter im Jahre tot. Es sind dies leidträchtige Zustände, und es ist zu verwundern, daß sich noch Leute finden, die in einem solchen Betriebe arbeiten. Wenn werden diese Arbeiter zur Einsicht kommen und sich ihrer Organisation anschließen?

X In der chemischen Industrie ist alles in Ordnung!

Im Reichstag wurde bei den Beratungen des Staats für das Reichsamt des Innern auch eine Resolution angenommen, die einen verbesserten und vermehrten Schutz des Lebens und der Gesundheit der chemischen Glashüttenarbeiter herzustellen soll. Gegen den Willen der chemischen Industriellen und ihrer Arbeitgeber natürlich, die die Sache so darstellen belieben, als wären die chemischen Betriebe Erholungsheime. Wie notwendig nicht nur die Annahme, sondern vor allen Dingen die Durchführung dieser Resolution ist, wird mit jedem neuen Unglücksfall demonstriert.

Bu einem derjenigen Betriebe, die einen verhältnismäßig großen Prozentsatz zu den Unglücksfällen stellen, gehört auch die chemische Fabrik v. Heyden in Adelburg und Mühlberg bei Döbeln. In dem Werk Döbeln haben sich vorige Woche wieder einige Unfälle ereignet, die wiederum beweisen, daß in den einzelnen Betrieben trotz aller Sicherungs- und Absaugungsversuche manches zu tun ist. Am 20. Februar verunglückte im Volt 75 ein Arbeiter beim Andrehen eines Mühlwurfs, indem er mit der linken Hand in die unverdeckten Kommanden kam, um, wodurch ihm der Mittelfinger gequetscht wurde. Schutzvorrichtungen fehlen hier vollständig. Am 24. Februar verunglückte in derselben Abteilung, aber im Volt 72, ein anderer Arbeiter, indem er beim Zusammenstoßen eines Rohres abstieß und unmöglich weggetragen werden konnte. Wodurch bewußte man sich um den Verletzen, als aus einer rotierenden Trommel gelöste Glasperle es trafen. Die Trommel war während der Reinigung zu welchem Zweck der Arbeiter hineingegeben und mußte von selbst eingeschoben, und was nun den darin befindlichen Arbeiter mit brachte. Was hätte wohl entstehen können, wenn zufällig niemand in der Nähe war oder wenn sich die Trommel in dem Augenblick, wo der Arbeiter durch das Maulloch kriechen mußte, in Bewegung gesetzt hätte? Eine glatte Befreiung wäre die unausbleibliche Folge gewesen. Be merkwürdig ist noch, daß der Abköter des zweiten verunglückten Kollegen dessen mit Blut befleckten Kleidanzug anzog, weil ein Referenzangug nicht vorhanden ist. Mit knapper Not konnte er einen andern Mundschwamm bekommen. Man sollte doch wohl meinen, daß die chemischen Industriellen bei den notorisch riesenhafte Gewinnen ihre Betriebeinstellungen so intakt halten können, daß derartige Dinge überhaupt nicht passieren könnten. Aber wie in andern Betrieben so muß auch hier konstatiiert werden, daß wohl in Arbeiterschlämpfung, aber nicht in Arbeiterschutz gemacht wird. Die Leitung der chemischen Fabrik v. Heyden sieht alles daran, ihren gelben Gesangverein hochzupappeln; mit ihrem Gelde natürlich, was daraus hervorgeht, daß jetzt die Statuten dieses Vereins dahin abgeändert wurden, daß bei einer eventuellen Auflösung das vorhandene Vermögen der Direktion zufällt. Damit ist klipp und klar erwiesen, daß die gelbe Rückung durch die Direktion geschieht. Wir raten der Direktion, dem Arbeiterschutz etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wir werden auch gelegentlich immer wieder daran erinnern, wo es fehlt, trotzdem ja im vorjährigen Jahre so stolz erklärt wurde, es bedürfe der Einmischung Aufsichtsbehörde nicht, um die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft zu verbessern. Über auf die Gewerbeinspektionen dirigiert ein dankbares und lohnendes Werkzeug ist in der Zeitung der chemischen Industrie Deutschland, Berlin, daß ein sozialpolitisches Komitee mit besonderer Aufmerksamkeit an die Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes, in dessen Gunst und Machtzuwachs er eventuell eine ernste Gefahr für die Prosperität der chemischen Industrie Deutschlands in der Zukunft erblickt." Da liegt der Haken im Fasser! Die Prosperität der Unternehmungen darf nicht gefährdet werden. Die Gesundheit und das Leben der Arbeiter spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle.

X Schon wieder eine Explosion

in der Rheinischen Sprengstoff- und Säurefabrik in Kuppenberg. Am 26. Februar morgens um 7/4 Uhr flog wiederum eine Lademaschine in die Luft. Beim Füllen der Sprengstoffpistole wurde Knallsaz verworfen. Die Maschine selbst und der Raum wurden zerstört. Arbeiter kamen nicht zu Schaden.

Keramische Industrie

- Christliche Verlogenheit. Der geringe Erfolg, den die schwarzen Gewerkschaften zu verzeichnen haben, veranlaßt so manchen Oberchristen zu der Legion christlicher Lügen immer neue zu erfinden, so daß diese schwarzen Apostel den Befähigungsnaßweis als herzhaftige Lügen fast täglich erbringen. Außerordentlich produktiv ist in dieser Beziehung der Centrumskerarbeiter-Verband. Es sei dabei an die Lügengeschichten von Gustavsen, Elmshorn, Kassel, Hildesheim, Minden, Delbrück usw. erinnert. Obwohl die Lügenverbänden bei all diesen Fällen elend fiaschi machte, hat es den Mat zu seiner traurigen Tätigkeit noch nicht verloren. So bringt es in der Nr. 6 seines Blätchens, der "Keram- und Steinarbeiter-Zeitung", vom 8. Februar 1913 folgende Lügenmärkte:

Agitationspraktiken des sozialdemokratischen Fabrikarbeiter-Verbands.

Wenn man ab und zu Gelegenheit hat, hinter die Kulissen zu schauen, kann man so manch interessante Entdeckungen machen, wie die Genossen kein Mittel verschonen, um den Mitgliedertang an ergiebiger zu gestalten und um die Aufmerksamkeit von dem eigenen im moralischen Kreislauf abzulenken, recht überlaut auf die Geistlichen schimpfen. Seu da vor einigen Wochen der sozialdemokratische Gauleiter H. zu dem Meister eines feuerfesten Betriebes und erfuhr ihn, er möchte ihm behilflich sein, die Arbeiter für den Verband zu gewinnen, denn er sei doch auch Kollege! — Demeterkunst ist, daß der fristliche Meister derselbe ist, deinen Entlassung die Genossen vor ein paar Monaten durch Arbeitseinstellung gefordert haben. Der Streit ging damals verloren und der sozialdemokratische Fabrikarbeiter-Verband hatte einen schweren Mitgliederverlust. — Es gehört eine große Unverträglichkeit dazu, einem Meister, den man kurz vorher brotlos machen wollte, weil er sich weigerte, nach der Heile der Genossen zu tanzen, zu glauben, daß er sich vor den sozialdemokratischen Agitationen spannt läßt. Wie würden übrigens die Genossen lärmten, wenn sich ein Meister erlaubt würde, seinen Einfluß zugunsten der christlichen Gewerkschaften geltend zu machen? — In einem andern Falle wurde ein Arbeiter in den sozialdemokratischen Fabrikarbeiter-Verband aufgenommen, obwohl er ausdrücklich erklärte, er wolle sich nur förmlich organisieren. Um den Matzogen in dem Glauben zu erhalten, er sei im christlichen Verband, wurde ihm jede Woche das christliche Siedlungsbogen ausgehängt, die Beiträge aber dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiter-Verband abgeführt. Durch die tägliche Agitation der christlichen Vertragsarbeiter in der Sägewinde ans Tageslicht gelangten. Die Genossen welche sonst jede Kleinigkeit in ihrer Freizeit auszuschlagen, schwiegen sich darüber aus.

Diese Geschichte trägt den Stempel der Lüge schon dadurch an, der Sire, daß weder Name noch Ort genannt wird. Die Jünger Ignatius denten offenbar, nur leicht davonlos gelogen, etwas bleibt ihnen hängen! Da der Sire an sich festgestellt, daß wie nur einen Gauleiter H. haben, der aber weder einen Streit in einem "feuerfesten Betriebe" leitete, noch mit dem Meister eines solchen

